



# NATO

*Brief*

# Partnerschafts- beziehungen der NATO

**NR. 3**

HERBST 1998

ERSCHEINUNGSWEISE  
VIERTELJÄHRLICH

*Brief des Generalsekretärs*

**3** Ein Jahr solider Erfolge für die Partnerschaftsbeziehungen der NATO

*Botschafter Sergio Balanzino*

**4** Ein Jahr nach Sintra: Die Erreichung kooperativer Sicherheit mit Hilfe des EAPR und der PFP

*Wolodymyr Horbulin*

**9** Der Beitrag der Ukraine zur Sicherheit und Stabilität Europas

*Valentin Kaltschenko*

**13** Die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO auf dem Gebiet der zivilen Notfallplanung

*Botschafter Klaus-Peter Klaiber*

**16** Die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland ein Jahr nach der Unterzeichnung der Grundakte in Paris

*Botschafter András Simonyi*

**20** Wie man auf den fahrenden NATO-Zug aufspringt

*Francesco Palmeri*

**24** Ein euro-atlantisches Dispositiv für Katastrophenhilfe

*John Kriendler*

**28** Krisenbewältigungsaktivitäten im Rahmen der PFP: Verbesserung der Fähigkeiten und der Zusammenarbeit

*Frank Boland*

**32** Streitkräfteplanung in der neuen NATO

**Titelbild:** NATO Graphics Studio



**Die NATO im Blickpunkt**

- 8** Die NATO/PFP-Koordinierungszelle in Albanien
- 12** Neuer NATO-Informationsoffizier in Kiew: Das NATO-Informationszentrum feiert sein einjähriges Bestehen
- 19** Moskauer Arbeitstagung anlässlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung der Grundakte NATO-Rußland



**Dokumentationsbeilage**

- D2-D8** Tagung der Außenminister in Luxemburg, 28.-29. Mai 1998
- D9-D15** Tagung der Verteidigungsminister in Brüssel, 11.-12. Juni 1998
- D16** Sonstige Erklärungen des Rates

**Chefredakteur:** Keir Bonine  
**Produktionsassistent:** Felicity Breeze

NATO Office of Information and Press  
 B-1110 Brüssel  
 Fax: 00 32 27 07 45 79  
 E-Mail: NATODOC@HQ.NATO.INT

NATO Review und andere NATO-Veröffentlichungen sind in Englisch und Französisch auch verfügbar über World Wide Web [HTTP://WWW.NATO.INT/](http://WWW.NATO.INT/)

**Gesamtherstellung:**  
 SZ Offsetdruck-Verlag  
 Herbert W. Schallowetz GmbH,  
 53757 Sankt Augustin

ISSN 0255-3813

Die Beilage „Atlantischer Kurier“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V., Am Burgweiher 12, 53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.

Der NATO BRIEF wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Probleme herausgegeben. Die im NATO BRIEF veröffentlichten Beiträge stellen nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.

**NATO-VERÖFFENTLICHUNGEN**

Der NATO BRIEF erscheint vierteljährlich auch in:  
 Dänisch - NATO Nytt; Englisch - NATO Review;  
 Französisch - Revue de l'OTAN; Griechisch - Deltio NATO; Italienisch - Rivista della NATO; Niederländisch - NAVO Kroniek; Norwegisch - NATO Nytt; Portugiesisch - Noticias de OTAN; Spanisch - Revista de la OTAN; Türkisch - NATO Dergisi. In isländischer Sprache (NATO Fréttir) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe.  
 Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem

Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus, darunter:

- Dokumentation über das Bündnis
- wirtschaftliche und wissenschaftliche Publikationen

Die Publikationen sind vorrätig in den offiziellen NATO-Sprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung, wie z. B. „Tatsachen und Dokumente“ und „NATO Handbuch“.

Der NATO BRIEF wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung,  
 Welckerstraße 11, 53113 Bonn

an Interessenten abgegeben. Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und - bei gezeichneten Artikeln - der Namensnennung des Verfassers.

Alle Fotos in dieser Ausgabe stammen, wenn nicht anders angegeben, von der NATO.



Javier Solana begrüßt den ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma (rechts) vor der Unterzeichnung der Charta, die 1997 in Madrid zwischen der NATO und der Ukraine vereinbart wurde. (Foto: Belgia)

## Ein Jahr solider Erfolge für die Partnerschaftsbeziehungen der NATO

In den letzten Wochen haben wir den ersten Jahrestag mehrerer NATO-Initiativen begangen, mit deren Hilfe die Staaten des euro-atlantischen Raumes auf dem Gebiet der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen enger miteinander verbunden werden sollen. Meiner Meinung nach können wir auf das bisher Erreichte durchaus stolz sein.

- ◆ Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR) setzt einen weitreichenden Aktionsplan in die Praxis um.
- ◆ Das Programm der erweiterten Partnerschaft für den Frieden (PfP) führt die Partnerstaaten immer näher an das Bündnis heran.
- ◆ Die zwischen der NATO und Rußland vereinbarte Grundakte gab den Anstoß zu zahlreichen Konsultations- und Kooperationsaktivitäten.
- ◆ Die zwischen der NATO und der Ukraine vereinbarte Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft hat neue Kooperationsprojekte ermöglicht.
- ◆ Die Kooperationsgruppe Mittelmeer bemüht sich in ihrem Dialog mit den Mittelmeerstaaten intensiv um weitere Fortschritte.

Im folgenden möchte ich kurz auf jede der vorstehend genannten Initiativen eingehen.

Der EAPR, der sich aus 44 Staaten mit verschiedenem Hintergrund und unterschiedlichen sicherheitspolitischen Traditionen zusammensetzt, hat sich zu einem wichtigen Forum für regelmäßige Konsultationen und Kooperationsvorhaben in Sicherheitsfragen entwickelt.

Wir haben den EAPR für Konsultationen über die Lage im Kosovo, über die Fortsetzung der SFOR-Mission in Bosnien und über die Aussichten für eine regionale Sicherheitszusammenarbeit nutzen können. Zudem haben wir das Spektrum der Diskussionsthemen um die Fragen des internationalen Terrorismus, der verteidigungsbedingten Umweltprobleme und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen erweitert. Ferner ist in Brüssel im Zuge unserer erweiterten praktischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Katastrophenhilfe ein Euro-Atlantisches Koordinierungszentrum für Katastrophenhilfe eingerichtet worden.

Die Partnerschaft für den Frieden – das Flaggschiff unserer tagtäglich praktizierten Zusammenarbeit – ist im Hinblick auf engere Verbindungen zwischen den Bündnismitgliedern und ihren Partnerstaaten erweitert worden. Die Partnerschaftsaktivitäten haben an Umfang und Intensität zugenommen, so daß sie nun unseren gemeinsamen Erfahrungen in Bosnien sowie der Notwendigkeit komplexerer und anspruchsvollerer Übungen Rechnung tragen. Die Partnerstaaten haben jetzt größeren Einfluß auf die Weiterentwicklung der PfP und sind auch auf verschiedenen Ebenen der Kommandostruktur der NATO vertreten.

Was die Partnerschaft zwischen der NATO und Rußland betrifft, so bietet uns der neue Ständige Gemeinsame Rat ein geeignetes Instrument zur Entwicklung der Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich. Zu den Fragen, die bereits regelmäßig Gegenstand unserer Konsultationen und unserer Zusammenarbeit sind, zählen friedenserhaltende Maßnahmen, unsere SFOR-Zusammenarbeit „vor Ort“, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Umstellung der Rüstungsindustrie auf die zivile Produktion und die Umschulung von aus dem Militärdienst entlassenen Personal. Die Zusammenarbeit zwischen den Militärs der beiden Seiten ist ebenfalls eingeleitet worden. Kurzum, die Erfahrungen des letzten Jahres lassen uns zuversichtlich davon ausgehen, daß dauerhafte, konstruktive Beziehungen zwischen der NATO und Rußland wirklich in greifbare Nähe gerückt sind.

Die NATO-Ukraine-Kommission (NUK) hatte ebenfalls schon nach kurzer Zeit Ergebnisse vorzuweisen. Nach ihrer Bildung hat die NUK eine Vereinbarung über die zivile Notstandsplanung erarbeitet und eine gemeinsame Arbeitsgruppe für die Reform des Verteidigungssektors eingerichtet. Darüber hinaus hat sie beschlossen, Ende dieses Jahres einen Verbindungsoffizier der NATO nach Kiew zu entsenden, mit dessen Hilfe die Ukraine ihre Rolle in der PfP weiter ausbauen soll. Diese konkreten Kooperationsaktivitäten ergänzen die Arbeit des NATO-Informationszentrums in Kiew, das die ukrainische Öffentlichkeit mit aktuellen Informationen über das Bündnis versorgt. Alle diese Maßnahmen werden der Ukraine helfen, den ihr gebührenden Platz im neuen Europa einzunehmen.

Die Kooperationsgruppe Mittelmeer hat seit ihrer Gründung vor einem Jahr ebenfalls große Fortschritte gemacht. Mit unseren Dialogpartnern des südlichen Mittelmeerraumes – Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien – haben wir Gespräche über eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheitslage im Mittelmeerraum geführt. Aktivitäten auf den Gebieten Wissenschaft und Information (einschließlich der Bestimmung von NATO-Kontaktstellen in diesen Ländern zur Stärkung unserer Beziehungen zu ihnen) sowie die Öffnung der NATO-Akademien für Offiziere aus den am Mittelmeerdialog teilnehmenden Staaten lassen deutlich unser Engagement für freundschaftliche Beziehungen zu unseren südlichen Nachbarstaaten erkennen.

Mit jedem einzelnen dieser neuen Kooperationsmechanismen leisten wir in einem immer größer werdenden Spektrum von Aktivitäten, welche die Bündnismitglieder und ihre Partnerstaaten zusammenführen, tagtäglich Pionierarbeit. In ihrer Gesamtheit sind sie für uns alle eine wichtige Ermutigung, die uns zu der Überzeugung kommen läßt, daß im euro-atlantischen Raum tatsächlich ein neuer Geist der Zusammenarbeit herrscht. Die Vielfalt der sich daraus ergebenden Chancen sollten wir weiterhin nutzen.

Javier Solana

# Ein Jahr nach Sintra: Die Erreichung kooperativer Sicherheit mit Hilfe des EAPR und der PFP

Botschafter Sergio Balanzino,  
stellvertretender NATO-Generalsekretär

*Seit 1997 in Sintra der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR) gegründet und die erweiterte Partnerschaft für den Frieden (PFP) ins Leben gerufen wurde, haben die Partnerschaftsaktivitäten laut Botschafter Sergio Balanzino erheblich an Umfang und Intensität zugenommen. Zu den besonders ins Auge fallenden Erfolgen in diesem Bereich zählen die stärkere Beteiligung der Partnerstaaten an der Beschlußfassung und an der Organisation der Partnerschaftsaktivitäten, die Einrichtung von Stellen für Angehörige der Partnerstaaten in den militärischen Strukturen des Bündnisses, Aktivitäten und Konsultationen auf dem Gebiet der Krisenbewältigung sowie der Aufbau eines gemeinsamen Dispositives für Maßnahmen der Katastrophenhilfe. Auf der Grundlage des EAPR und der PFP errichtet die euro-atlantische Staatengemeinschaft nun eine gemeinsame Sicherheitsordnung, mit der sie die Stabilität stärkt und den Frieden aller Staaten wahrt.*

Zwei Initiativen der NATO – der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden – haben den kooperativen Geist, der heute in bezug auf Sicherheitsangelegenheiten in Europa festzustellen ist, deutlich gestärkt. Beide sind feste Bestandteile des Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesses der NATO, und beide bieten den Bündnismitgliedern und ihren Partnerstaaten eine immer größer werdende Palette von Instrumenten zur Gestaltung des europäischen Sicherheitsumfelds.

Das Programm der Partnerschaft für den Frieden ist der Dreh- und Angelpunkt der praktischen Zusammenarbeit des Bündnisses mit den Partnerstaaten. Sie wurde im Januar 1994 auf dem damaligen Brüsseler Gipfeltreffen in die Wege geleitet und konzentriert sich auf die Förderung der militärischen Zusammenarbeit zwischen NATO-Mitgliedstaaten und nicht dem Bündnis angehörenden Staaten. Mit

dieser Zusammenarbeit wird eine Vielfalt von Zielen verfolgt: Erleichterung der Transparenz in bezug auf die Verteidigungsplanung und die Aufstellung des Verteidigungshaushaltes der einzelnen Staaten, Gewährleistung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, Stärkung der Fähigkeit zur Übernahme von Aufgaben auf den Gebieten friedenserhaltende Maßnahmen, Such- und Rettungseinsätze und humanitäre Operationen sowie Aufbau von Streitkräften, die besser mit den Streitkräften der NATO-Staaten zusammenarbeiten können. Alle diese Ziele sind im Hinblick auf die Förderung eines gemeinsamen sicherheitspolitischen Ansatzes für den euro-atlantischen Raum von entscheidender Bedeutung.

Der erfolgreiche Start und die Weiterentwicklung der Partnerschaft für den Frieden führten nahezu unweigerlich zu Forderungen seitens der Bündnismitglieder wie auch seitens der Partnerstaaten, den Umfang und die Intensität der Partnerschaftsaktivitäten zu steigern. Infolgedessen wurde unter meinem Vorsitz die Hochrangige Gruppe gebildet, die für die zuständigen Minister der NATO-Staaten Empfehlungen zum weiteren Ausbau aller Aspekte des Partnerschaftsprogramms erarbeiten sollte.

Das Ergebnis war der zweigeteilte Beschluß, den die Außenminister der NATO-Staaten im Mai 1997 in Sintra (Portugal) faßten: Erstens sollte das Programm der Partnerschaft für den Frieden erweitert werden, und zweitens sollte als Konsultations- und Kooperationsforum für Sicherheitsfragen und verteidigungsrelevante Angelegenheiten der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat gegründet werden.

## Die erweiterte Partnerschaft für den Frieden

Mit dem Beschluß zur Erweiterung der PFP war eine Reihe von Zielen verbunden. Wir wollten die Partnerstaaten stärker in die Planung und Durchführung von PFP-Übungen einbeziehen und die Partnerschaft auf diese Weise operativer gestalten. Zudem wollten wir das Spektrum der Kooperationsaktivitäten erweitern, um die neuen Aufgaben der

Botschafter Sergio Balanzino (rechts) am 27. Mai 1998, als er gemeinsam mit NATO-Generalsekretär Javier Solana am Vorabend der Luxemburger Ministertagungen am Château Bourglinster eintrifft.



NATO auf dem Gebiet der Wahrung des Friedens und der Bewältigung von Krisen besser zum Ausdruck kommen zu lassen. Und schließlich wollten wir auf den positiven Erfahrungen aufbauen, die wir durch die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Bündnismitgliedern und den Partnerstaaten im Rahmen der SFOR-Mission in Bosnien und Herzegowina gesammelt hatten.

Ein Jahr nach dem Beschluß von Sintra lassen sich bereits in jedem dieser drei Bereiche Fortschritte feststellen.

Die Beteiligung der Partnerstaaten an der Beschlußfassung im Rahmen der Pfp ist inzwischen Routine geworden. In den letzten Monaten haben die Partnerstaaten dazu beigetragen, das übergreifende Arbeitsprogramm der Partnerschaft (Partnership Work Programme – PEP) weiterzuentwickeln, und sie haben zudem bei der Straffung ihrer Individuellen Partnerschaftsprogramme (IPP) eng mit dem Bündnis zusammengearbeitet. Darüber hinaus werden die Partnerstaaten nun direkter an der Organisation der immer komplexer werdenden Pfp-Übungen beteiligt, vor allem im Fall von Übungen, deren Gastgeber sie sind. So ist vom Militärausschuß der NATO in Absprache mit Vertretern der Partnerstaaten ein Fünfjahresprogramm für NATO/Pfp-Übungen erarbeitet worden.

Spektrum der Bündnisaufgaben besser zum Ausdruck kommen zu lassen, haben wir auch den Planungs- und Überprüfungsprozeß der Pfp (Planning and Review Process – PARP) erweitert und angepaßt. Die Teilnahme am PARP steht allen interessierten Staaten frei. Der PARP zielt darauf ab, die Transparenz der nationalen Verteidigungsplanung zu fördern und die Streitkräfte der Partnerstaaten besser auf die Zusammenarbeit mit den Streitkräften des Bündnisses vorzubereiten. Er soll die Entwicklung der Interoperabilität zwischen den Streitkräften der Partnerstaaten und denen des Bündnisses in bezug auf das gesamte Spektrum der Pfp-Operationen und der damit verbundenen Ausbildungs- und Übungsaktivitäten unterstützen. Darüber hinaus wird das gemeinsam finanzierte Infrastrukturprogramm des Bündnisses, d.h. das NATO-Programm für Sicherheitsinvestitionen, nun um Partnerschaftsprojekte erweitert. Dies wird dazu beitragen, die Interoperabilität zwischen den Bündnismitgliedern und ihren Partnerstaaten an wichtigen Knotenpunkten, wie z.B. in den Bereichen Kommunikationssysteme, Häfen und Flugplätze, zu stärken.

Die obengenannten neuen Elemente des Programms werden uns helfen, den wichtigsten Zielen der Pfp noch besser als bisher gerecht zu werden. Sie werden durch die



Beginn der  
EAPR-Ministertagung  
am 29. Mai 1998.

Die militärischen Strukturen des Bündnisses öffnen sich jetzt ebenfalls einer stärkeren Beteiligung seitens der Partnerstaaten. Ab Sommer dieses Jahres versehen 38 Offiziere der Partnerstaaten gemeinsam mit ihren Kollegen aus den NATO-Staaten ihren Dienst auf den obersten beiden Ebenen der integrierten Militärstruktur des Bündnisses, nämlich auf der Ebene der obersten Kommandobereiche der NATO und der höheren nachgeordneten Kommandobereiche. Bei der Partnerschaftskoordinierungszelle in Mons sind zudem sieben zusätzliche Stellen für Angehörige der Partnerstaaten eingerichtet worden. Somit sind Offiziere der Partnerstaaten nun zum ersten Mal mit internationaler Funktion für die Partnerschaft selbst tätig und nicht lediglich als Vertreter ihres jeweiligen Staates.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Pfp mit dem Ziel, das

Entwicklung gemeinsamer Konzepte und gemeinsamer Ausbildungs- und Übungsprogramme die Fähigkeit unserer Streitkräfte zu einer engen Zusammenarbeit verbessern.

Unsere Erfahrungen in Bosnien und Herzegowina haben gezeigt, welche große Bedeutung der Partnerschaft für den Frieden bei der Vorbereitung, Einleitung und Durchführung komplexer multinationaler Friedensoperationen zukommt. Die Pfp hat ihren praktischen Wert unter Beweis gestellt, indem sie dazu beitrug, die Truppenkontingente der Partnerstaaten für die IFOR- und die SFOR-Mission zu organisieren. Ohne die Partnerschaft hätten sich diese einzigartigen internationalen militärischen Zusammenschlüsse nicht so schnell und auch nicht so reibungslos erreichen lassen.

Die Erfahrungen in Bosnien haben zudem deutlich gemacht, daß gemeinsam mit den Partnerstaaten ein politisch-militäri-

(1)  
Die Türkei  
erkennt die  
Republik  
Mazedonien  
unter ihrem  
verfassungsmäßigen  
Namen an.

Polnische SFOR-Soldaten im März 1998 in Bosnien und Herzegowina während einer Übung zur Verbesserung ihrer Fähigkeiten auf dem Gebiet der Katastrophenhilfe.

ches Rahmenkonzept für künftige PFP-Operationen unter der Leitung der NATO erarbeitet werden muß. Hier besteht das übergeordnete Ziel darin, die Partnerstaaten so weit wie möglich in die politischen Konsultationen über friedenserhaltende und andere Operationen im Rahmen der PFP wie auch in deren tatsächliche Planung einzubeziehen. In einem sich rasch weiterentwickelnden Sicherheitsumfeld kommt es entscheidend darauf an, daß unsere Diskussionen dazu beitragen, daß wir gemeinsame Reaktionen schnell und flexibel entwickeln können.

## Das erste Jahr des EAPR

Der vor einem Jahr gegründete Euro-Atlantische Partnerschaftsrat bietet für alle Öffnungs- und Kooperationsaktivitäten der Bündnismitglieder und ihrer Partnerstaaten die übergreifende politische Rahmenstruktur, mit deren Hilfe die nach der Erweiterung der Pfp ohnehin größeren Möglichkeiten noch ergänzt werden. Der EAPR trat an die Stelle des Nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR), der das erste Instrument zur systematischen Durchführung der Öffnungsaktivitäten der NATO darstellte. Nach mehr als fünf Jahren brauchte man jedoch ein neues, umfassenderes Forum, das flexibler in verschiedenen Zusammensetzungen tagen und insbesondere eingehendere Konsultationen zwischen den Bündnismitgliedern und ihren Partnerstaaten ermöglichen können sollte.

Die erste Aufgabe des EAPR bestand darin, einen Aktionsplan mit denjenigen Bereichen zu erarbeiten, in denen die EAPR-Mitglieder ihre Konsultationen und ihre Zusammenarbeit ausbauen wollten. Dieser Plan wurde im Dezember 1997 von den zuständigen Ministern der EAPR-Staaten vereinbart.<sup>1)</sup> Seither haben sich die Konsultationen im Rahmen des EAPR auf verschiedene Sicherheitsfragen konzentriert, z.B. auf die Lage in Bosnien und Herzegowina, die Krise im Kosovo, die regionale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, den internationalen Terrorismus, verteidigungsbedingte Umweltprobleme, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Entwicklung eines politisch-militärischen Rahmenkonzeptes für künftige Pfp-Operationen unter der Leitung der NATO.

Der praktischen Zusammenarbeit kommt im EAPR-Aktionsplan ebenfalls eine hohe Stellenwert zu. Im Februar wurde beispielsweise eine äußerst erfolgreiche Krisenbewältigungsübung durchgeführt.<sup>2)</sup> Die Partnerstaaten haben nun auch Zugang zum Wissenschaftsprogramm des Bündnisses, und Anfang Juni 1998 eröffnete der Generalsekretär der NATO in der NATO-Zentrale das Euro-Atlantische Koordinierungszentrum für Katastrophenhilfe (Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre – EADRCC). Dieses Zentrum soll im Fall einer Katastrophe innerhalb des EAPR-Gebietes in enger Abstimmung mit dem Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Hilfsmaßnahmen das Vorgehen der EAPR-Staaten koordinieren.<sup>3)</sup>



### PFP-Stabselemente

Innerhalb des internationalen Militärstabs der NATO-Zentrale sowie auf den ersten beiden Ebenen der integrierten Militärstruktur der NATO (auf der Ebene der obersten Kommandobereiche und auf der Ebene der höheren nachgeordneten Kommandobereiche) sind neun PFP-Stabs-Elemente (PSE), d.h. Gruppen von Offizieren aus neun NATO-Mitgliedstaaten und Partnerstaaten, gebildet worden. 38 Offiziere aus 13 Partnerstaaten wurden für die erste Besetzung der Stellen ausgewählt, und sie haben ihre Arbeit auch bereits aufgenommen. Wie Bündnisoffiziere, die einem bestimmten Hauptquartier zugeordnet worden sind, werden auch sie in internationaler Eigenschaft tätig sein. In den PSE werden Offiziere aus den Partnerstaaten Seite an Seite mit ihren NATO-Kollegen bei der Planung und Durchführung von PFP-Aktivitäten zusammenarbeiten.

Friedenstruppen im Mai 1998, als sie während der von Ungarn ausgerichteten PFP-Übung „Cooperative Lantern 98“ Verfahren zur Eindämmung gewaltsamer Ausschreitungen erproben.



1) S. Dokumentationsteil des NATO BRIEFs 1/1998 oder World Wide Web (<http://www/nato.int/>).

2) S. „Krisenbewältigungsaktivitäten im Rahmen der PFP: Verbesserung der Fähigkeiten und der Zusammenarbeit“, S. 28 der vorliegenden Ausgabe des NATO BRIEFs.

3) S. „Ein euroatlantisches Dispositiv für Katastrophenhilfe“, S. 24 der vorliegenden Ausgabe des NATO BRIEFs.

## Die Partnerschaftskordinierungszelle

Die Partnerschaftskordinierungszelle (Partnership Coordination Cell -PCC) ist eine PFP-Struktur, die dem Nordatlantikrat unterstellt ist und ihren Sitz in Mons (Belgien) hat, wo sich auch das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte in Europa (SHAPE) befindet. Der internationale Stab dieser einzigartigen Einrichtung besteht aus NATO-Bediensteten und seit Anfang 1998 auch aus Offizieren der PFP-Partnerstaaten, die in vollem Umfang an der Arbeit der PCC beteiligt werden. Die NATO-Vertreter und die nationalen Vertreter der Partnerstaaten sind bei der PCC akkreditiert und bilden einen festen Bestandteil der Koordinierungszelle.

Die PCC koordiniert gemeinsame militärische PFP-Aktivitäten in Abstimmung mit Stäben, Kommandobereichen und sonstigen Stellen der NATO. Sie ist auch für die militärische Planung zuständig, die zur Durchführung der militärischen Aspekte des PFP-Arbeitsprogramms erforderlich ist, vor allem bei Übungen und damit zusammenhängenden Aktivitäten auf den Gebieten friedenserhaltende Maßnahmen, humanitäre Operationen sowie Such- und Rettungseinsätze, und sie wird an der Auswertung bereits durchgeführter militärischer Aktivitäten beteiligt. Die Erarbeitung eines detaillierten Operationsplans für Übungen zu friedenserhaltenden Maßnahmen und für militärische Übungen fällt unverändert in den Aufgabenbereich desjenigen militärischen Stabes, der die jeweilige Übung durchführt.

Sieben Offiziere aus fünf Partnerstaaten gehören nun dem ständigen internationalen Stab an, darunter ein bulgarischer Offizier, der die neue Ausbildungsabteilung der PCC leitet; er ist der erste Offizier eines Partnerstaates, der in einer PFP-Struktur eine führende Position innehat.

## PFP und EAPR: Wertvolle Instrumente der Krisenbewältigung

Der EAPR und die Partnerschaft für den Frieden stellen beide wichtige Instrumente dar, mit deren Hilfe die Erarbeitung angemessener Reaktionen auf konkrete Sicherheitsfragen erleichtert wird. Die Fortführung der SFOR-Mission in Bosnien und Herzegowina und die Antwort auf die Krise im Kosovo sind zwei Beispiele dafür.

Partnerstaaten, die Truppen für die SFOR-Mission zur Verfügung stellen, nehmen an den regelmäßigen Informationsveranstaltungen und Konsultationen teil, die in der Brüsseler NATO-Zentrale in bezug auf verschiedene Aspekte der SFOR-Operationen stattfinden. Im Rahmen des EAPR wurden beispielsweise zwischen Bündnismitgliedern und denjenigen Kooperationspartnern, die Truppen zur Verfügung stellen, Konsultationen zur Erarbeitung des Operationsplanes für die Operation *Joint Forge* durchgeführt, d.h. für die Fortsetzung der SFOR-Mission in Bosnien und Herzegowina.

Der EAPR bietet auch ein Forum, in dem die Bündnismitglieder und ihre Partnerstaaten auf einen gemeinsamen Lösungsansatz für so kritische sicherheitspolitische Probleme wie die Krise im Kosovo hinarbeiten können. Zugleich erweist sich die Partnerschaft für den Frieden als ein Instrument, mit dessen Hilfe sich ein Beitrag dazu leisten läßt, daß ein Übergreifen des Konfliktes auf weitere Staaten verhindert wird. So haben die Außenminister der NATO-Staaten kürzlich auf ihrer Tagung in Luxemburg eine Reihe von Maßnahmen angenommen, um zwei Partnerstaaten – Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedoniens<sup>4)</sup> – bei der Bewältigung der Probleme im Zusammenhang mit der Krise im Kosovo zu unterstützen.

4)

Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

Mir-Gamza Efendijew, der NATO-Botschafter Aserbaidschans (einer der 25 Partnerstaaten, die bei der NATO eine ständige diplomatische Vertretung eingerichtet haben), am 13. Mai 1998, als er NATO-Generalsekretär Javier Solana sein Beglaubigungsschreiben überreicht.



## Die NATO im Blickpunkt



### Die NATO/PfP-Koordinierungszelle in Albanien

Am 1. Juni 1998 wurde in Tirana, Albanien, entsprechend einer Vereinbarung zwischen der NATO und der albanischen Regierung eine NATO/PfP-Koordinierungszelle eingerichtet. Diese Koordinierungszelle wird im Rahmen des PfP-Arbeitsprogramms für 1998 direkt mit der allgemeinen Koordinierung und der effizienten Durchführung des speziell auf Albanien zugeschnittenen Individuellen Partnerschaftsprogramms (IPP) befaßt sein.

Die Eröffnung dieses Büros macht deutlich, daß das Bündnis daran interessiert ist, im Hinblick auf die Durchführung von PfP-Aktivitäten engere Beziehungen zu den zuständigen albanischen Stellen herzustellen. Es handelt sich um das erste derartige Büro, und in der Einrichtung dieser Koordinierungszelle kommt die Entschlossenheit der NATO zum Ausdruck, dieses besondere IPP unter Berücksichtigung der in Albanien herrschenden einzigartigen Umstände in die Praxis umzusetzen.

Die Koordinierungszelle wird zunächst mit einem zivilen Mitarbeiter des internationalen Stabes der NATO sowie mit einem Offizier und einem Unteroffizier besetzt sein.

Das für 1998 vereinbarte Kooperationsprogramm für Albanien umfaßt Aktivitäten, mit denen den albanischen Behörden geholfen werden soll, die möglichen Folgen der Krise im Kosovo zu bewältigen; dazu zählt unter Umständen auch eine Unterstützung in bezug auf Kommunikationssysteme, die Kontrolle der Grenzen und Flüchtlingsfragen. Im Rahmen des albanischen IPPs sind in diesem Jahr bisher sechs Expertengruppen nach Albanien gereist. NATO-Expertengruppen werden Albanien weiterhin auf verschiedenen Gebieten unterstützen, z.B. bei der Erarbeitung von Leitlinien für die Struktur militärischer Einheiten und für Maßnahmen der Krisenbewältigung, bei der Lösung von Problemen mit bestehenden Waffenlagern und bei der Erarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur.

Staatliche albanische Hilfsprogramme sind insbesondere im Bereich der Infrastruktur und der Ausrüstung für den Umbau und die Neustrukturierung der Streitkräfte Albaniens von entscheidender Bedeutung. Ein Schwerpunkt der Arbeit der NATO/PfP-Zelle wird darin bestehen, die Ausbildungs- und Unterstützungsprogramme der NATO auf geeignete Weise mit den albanischen Programmen zu koordinieren.

Das Bündnis nutzt die PfP als Beitrag zur Verbesserung der Fähigkeit dieser beiden Länder, ihre Grenzen zu überwachen, ihre Streitkräfte umzustrukturieren und Sicherheit und Stabilität zu fördern. Zu den bereits getroffenen Maßnahmen zählen insbesondere die Einleitung von Hilfsprogrammen unter der Ägide der NATO, die Planung und Höherstufung von PfP-Übungen, die Entwicklung des Konzeptes der PfP-Ausbildungszentren und die Einrichtung einer NATO/PfP-Kontaktstelle in Albanien.

### Eine neue kooperative Sicherheitsgemeinschaft

Obwohl die Partnerschaft für den Frieden und der EAPR relativ junge Errungenschaften sind, legen sie Zeugnis für ein neues Wirklichkeitsverständnis ab: Die Stabilität des heutigen Europas läßt sich langfristig am besten durch Zusammenarbeit gewährleisten. Diese Tatsache spiegelt sich auf politischer Ebene darin wider, daß inzwischen 25 Partnerstaaten ständige diplomatische Missionen bei der NATO eingerichtet haben. Das neue Manfred-Wörner-Gebäude, in dem die Missionen der meisten Partnerstaaten untergebracht sind, ist ein Symbol unserer tragfähigen und sich stetig weiterentwickelnden Partnerschaft.

Vor uns liegt nun die Aufgabe, diese Mechanismen der Partnerschaft und der Zusammenarbeit immer weiter zu verbessern. Der EAPR und die PfP werden auch in Zukunft beitragswilligen Staaten bei der Vorbereitung auf eine mögliche NATO-Mitgliedschaft Hilfe leisten. Anderen Staaten bieten diese beiden Mechanismen dagegen ein Instrument, mit dessen Hilfe sie weiterhin eng mit dem Bündnis zusammenarbeiten können.

Durch den EAPR und die erweiterte PfP errichten wir eine gemeinsame Sicherheitsordnung für den euro-atlantischen Raum. Mit dem nötigen politischen Willen und mit der Fähigkeit zu praktischer Zusammenarbeit werden wir unserer wichtigsten Aufgabe gerecht werden können, nämlich Sicherheit und Stabilität zu erhöhen und zum Wohle aller Staaten den Frieden zu wahren. ♦

# Der Beitrag der Ukraine zur Sicherheit und Stabilität Europas

**Wolodymyr Horbulin,**

*Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine*

*Seit die Ukraine Ende 1991 ihre Unabhängigkeit erlangte, hat sie nicht nur das Ziel ihrer Integration in europäische und transatlantische Institutionen verfolgt, sondern sich auch bemüht, einen produktiven Beitrag zur Sicherheit und Stabilität des euro-atlantischen Raumes zu leisten. Laut Wolodymyr Horbulin hat dies in der Ukraine selbst politische und wirtschaftliche Reformen und im Ausland die Beteiligung der Ukraine an friedenserhaltenden Operationen und humanitären Einsätzen zur Folge gehabt und schließlich auch dazu geführt, daß sein Land mit gutem Beispiel voranging und auf Kernwaffen verzichtete – ein bisher auf der internationalen Bühne einmaliger Schritt. Die Ukraine ist sich zwar darüber im klaren, daß noch ein weiter Weg vor ihr liegt und noch viel zu tun ist, aber sie hat in der sich herausbildenden europäischen Sicherheitsarchitektur bereits eine Schlüsselrolle übernommen und trägt dazu bei, die Sicherheit und Stabilität Europas aufrechtzuerhalten.*



**A**ls Schicksalsgemeinschaft ist die euro-atlantische Staatengemeinschaft auch eine Verantwortungsgemeinschaft. Im Zuge der Feierlichkeiten anlässlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung eines der bedeutenderen Elemente unseres Engagements in Europa – der Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine – möchte ich einige Beiträge der Ukraine zur Sicherheit und Stabilität Europas hervorheben und erläutern, welche Rolle uns aus unserer Sicht in der euro-atlantischen Staatengemeinschaft zukommt.

Auf halbem Wege zwischen dem Madrider und dem Washingtoner NATO-Gipfel ist Europa nun an der Schwelle zum 21. Jahrhundert auf der Suche nach einem verlässlichen Sicherheitssystem, das uns einer stabilen, zivilisierten Weltordnung näher bringt. Im Mittelpunkt dieser internationalen Ordnung sollte die Achtung der Menschenrechte, der Rechte nationaler Minderheiten und der Souveränität der Staaten stehen.

Die Sicherheit und die Stabilität Europas sind ein zentrales Anliegen der Ukraine, eines Gründungsmitglieds der Vereinten Nationen, das durch den Zweiten Weltkrieg und den sowjetischen Totalitarismus Millionen seiner Bürger verloren hat. Seit die Ukraine Ende 1991 ihre Unabhängigkeit erlangte, hat sie sich stets bemüht, ihren Teil zur Stärkung der Stabilität Europas beizutragen. Man sollte beispielswei-

se nicht die historische Bedeutung des bisher in der Geschichte einzigartigen Beschlusses der Ukraine unterschätzen, freiwillig auf ihre Kernwaffen zu verzichten und dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) als Nichtkernwaffenstaat beizutreten. Wie wichtig der vollständige Abzug aller Kernwaffen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine war und welcher großer Beitrag dadurch zur Verringerung der nuklearen Bedrohung sowie zum Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitsraumes in Europa geleistet wurde, kam 1996 in der Erklärung des Lissabonner Gipfeltreffens der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit gebührender Deutlichkeit zum Ausdruck.

## Ein stabiles Europa erfordert stabile Staaten

Eine Voraussetzung für die Stabilität Europas besteht in der Stabilität der einzelnen europäischen Staaten. Die Rückkehr der Ukraine in die Gemeinschaft der europäischen Demokratien und ihr aktives Engagement für den Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur sind nicht frei von Problemen gewesen. Meiner Ansicht nach können wir aber stolz auf unsere bisherigen Erfolge beim Aufbau eines demokratischen Sozial- und Rechtsstaates sein, den wir trotz einer schwierigen Übergangszeit erreicht haben, die durch die wirtschaftliche Erblast der Sowjetunion und die politische Trägheit einiger Kreise unserer Gesellschaft gekennzeichnet war.

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit haben wir eine neue Verfassung angenommen, die mit den europäischen Normen eines demokratischen Rechtsstaates in vollem Umfang vereinbar ist und die Achtung der Bürgerrechte gewährleistet. Unsere neue Verfassung schafft die Grundlage für ein klar strukturiertes Regierungssystem mit einem Präsidenten als Staatsoberhaupt, einem in allgemeinen Wahlen zu wählenden Parlament mit einer Kammer („Werchowyna Rada“), einem Rechtssystem, das die europäischen Rechtsnormen integriert, und einem System der kommunalen Selbstverwaltung. Darüber hinaus hat die Ukraine durch ihre Gesetze zum Schutz der Rechte nationaler Minderheiten weltweit Achtung und Ansehen gewonnen.



*Der ukrainische Außenminister Boris Tarassjuk (links) während einer Pressekonferenz mit NATO-Generalsekretär Javier Solana, nachdem am 29. Mai 1998 in Luxemburg die Tagung der NATO-Ukraine-Kommission auf Außenministerebene stattgefunden hatte.*

Auch heute noch besteht jedoch das schwierigste Problem in der Stabilisierung der Volkswirtschaft, d.h. in einem Problem, dessen Lösung durch die Belastung aufgrund der Schäden nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl noch erschwert wurde. Trotzdem gehört die Ukraine dank ihres unumkehrbaren wirtschaftlichen Reformkurses unbestreitbar in die Kategorie derjenigen Volkswirtschaften, die sich in der Phase des Übergangs zu einem marktwirtschaftlichen System befinden. Und trotz der politischen und sozialen Unterschiede in der ukrainischen Gesellschaft konnten wir diese Reformen mit ausschließlich friedlichen, rechtsstaatlichen Mitteln durchführen, ohne daß es während dieser Übergangszeit zu Massenprotesten, gewaltsamen Zusammenstößen oder zur Anwendung von Gewalt gegenüber politischen Gegnern gekommen wäre.

Die Unterstützung seitens der internationalen Staatengemeinschaft ist sowohl im Hinblick auf die Bereitstellung von Ressourcen als auch in bezug auf die Weitergabe von Fachwissen von entscheidender Bedeutung, wenn wir unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden wollen. Diese Hilfe sollte jedoch nicht als Geste der Wohltätigkeit betrachtet werden, sondern eher als Beitrag zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele. Es liegt nämlich im Interesse der gesamten euro-atlantischen Staatengemeinschaft, daß man die Ukraine als europäischen Staat mit 52 Millionen

menhang mit ihren nationalen Minderheiten lösen konnten, ist ein bemerkenswertes Beispiel für diese Zielsetzung der ukrainischen Außenpolitik sowie für unser Bekenntnis zu den Menschenrechten und den Rechten nationaler Minderheiten. In letzter Zeit haben wir im Hinblick auf die Konsolidierung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Staaten unserer Region einige Durchbrüche erzielt. Wir schlossen mit Rußland und Rumänien politische Grundlagenverträge, erreichten mit Rußland einige Vereinbarungen über die Schwarzmeerflotte, schlossen mit Weißrußland einen Vertrag zur Regelung von Grenzfragen und unterzeichneten mit Polen eine Aussöhnungs- und Einigkeitserklärung. Alle diese Übereinkünfte sind wichtige Glieder der langen Kette, die unser Land entsprechend dem 1995 geschlossenen Stabilitätspakt für Europa mit dem Raum der Stabilität und der gutnachbarschaftlichen Beziehungen verbindet.

## Unenteilbare Sicherheit durch gemeinsame Anstrengungen

Obwohl die Ukraine in den ersten sechs Jahren ihrer Unabhängigkeit selbst mit zahlreichen Problemen konfrontiert war, hat sie sich an den Bemühungen der internationalen Staatengemein-



*Nach der Erlangung der Unabhängigkeit verabschiedete die Ukraine eine neue Verfassung, in der ein klar strukturiertes Regierungssystem mit einem aus einer Kammer bestehenden Parlament (Verchowna Rada) festgeschrieben wurde.  
(Foto: Reuters)*

Einwohnern angesichts akuter wirtschaftlicher Probleme, angesichts der Erblast sozialer Schwierigkeiten und angesichts der Folgen einer Umweltkatastrophe von globalen Ausmaßen nicht einfach im Regen stehenläßt.

## Gutnachbarschaftliche Beziehungen

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit hat das wichtigste Ziel der ukrainischen Außenpolitik darin bestanden, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten der Ukraine herzustellen und diese vertraglich abzusichern. Daß die Ukraine und Ungarn 1991 ihre Probleme im Zusam-

schaft um die Beilegung regionaler Konflikte in Europa aktiv beteiligt. Insbesondere unterstützt die Ukraine die internationale Staatengemeinschaft bei der Durchführung des Friedensabkommens für Bosnien und Herzegowina. Unsere Friedenstruppen sind im Rahmen der SFOR-Mission Seite an Seite mit Streitkräften der NATO und der Partnerstaaten im Einsatz, so daß sie die nötigen Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden schaffen, und sie werden diesen Friedensdienst auch auf der Grundlage des seit Juni 1998 geltenden neuen Mandates fortsetzen. Zudem war die Ukraine einer der ersten Staaten, die auf die OSZE-Initiative für Berg-Karabach reagierten, indem sie einen Teil der Beobachter für die dortige langfristige Mission zur Verfügung stellte.



Besondere Aufmerksamkeit widmen wir auch der Lösung des Konfliktes in dem an die Ukraine angrenzenden Gebiet der Republik Moldau, in dem Bürger ukrainischer Abstammung die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe bilden. Es ist ein Beweis für das Vertrauen, das die internationale Völkergemeinschaft dem aktiven Beitrag unseres Landes zu den Friedensmissionen in Europa entgegenbringt, daß die Ukraine gemeinsam mit der Russischen Föderation und der OSZE die Vereinbarungen zur Lösung des dortigen Konfliktes garantieren soll. Durch unseren Erfolg bei der Beilegung der Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Autonomen Krimrepublik können wir auch eine Vertrautheit mit innerregionalen Problemen in die verschiedenen Verhandlungen einbringen.

Darüber hinaus sind wir aufgrund unserer Teilnahme am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) und am NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden (PfP) davon überzeugt, daß bei Konflikten die Erfahrungen und Fähigkeiten der NATO im Bereich friedenserhaltender Maßnahmen im gesamten EAPR-Gebiet aktiver genutzt werden sollten. In diesem Zusammenhang begrüßt die Ukraine die Entwicklung eines politisch-militärischen Rahmenkonzeptes für PfP-Operationen unter der Leitung der NATO.

## Ein Europa der Regionen

Die Teilnahme an Mechanismen der regionalen Zusammenarbeit ist ein wichtiger Aspekt der ukrainischen Außenpolitik, der auch durch unsere Initiativen in einigen regionalen Strukturen zum Ausdruck kommt; dazu zählen beispielsweise die Mitteleuropäische Initiative (Central European Initiative – CEI), die Wirtschaftliche Zusammenarbeit der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres, die Euroregion Karpaten und die Euroregion Bug. Aus unserer Sicht verfügen diese Strukturen mit Blick auf die Stärkung der regionalen Stabilität über ein beachtliches Potential, und wir haben vorgeschlagen, daß sich die OSZE und die Staaten der Mitteleuropäischen Initiative zusammenschließen, um die Stabilität und Sicherheit Mittel- und Osteuropas zu festigen. Unserer Meinung nach bestehen auch gute Aussichten für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staatentrios Ukraine-Polen-Rumänien und Ukraine-Rumänien-Republik Moldau, und wir sehen darüber hinaus Möglichkeiten für den weiteren Ausbau unserer strategischen Partnerschaft mit Polen. Überdies haben wir deutlich unser Interesse an der Arbeit des Rates der Ostseestaaten zum Ausdruck gebracht, denn wir würden

eine gewisse Form der Zusammenarbeit mit dieser Staaten-gruppe begrüßen.

## Integration in euro-atlantische Strukturen

Der außenpolitische Kurs der Ukraine in Richtung auf eine uneingeschränkte Integration in europäische und transatlantische Strukturen der Zusammenarbeit ist ein fester Bestandteil unserer Bemühungen, unseren Teil zu einem geeinten und stabilen Europa beizutragen. Wir sind uns allerdings darüber im klaren, daß der Integrationsprozeß der einzelnen Staaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit verläuft, und unterstützen in vollem Umfang den baldigen Beitritt zu den euro-atlantischen Strukturen, der denjenigen Staaten unter unseren mitteleuropäischen Kooperationspartnern ermöglicht wird, die in ihrem Integrationsprozeß schon weiter vorangekommen sind. Zugleich sind wir aber davon überzeugt, daß mehr getan werden sollte, um die Unterschiede in bezug auf den Grad der wirtschaftlichen Entwicklung und somit in bezug auf die Integrationsgeschwindigkeit der einzelnen Staaten zu verringern. Wären diese Unterschiede weniger groß, so könnte dies zur Verringerung der Gefahr beitragen, daß der Erweiterungsprozeß die Effizienz dieser Institutionen beeinträchtigt. Allgemeiner gesagt ist dies unserer Ansicht nach die einzige Möglichkeit, ein sicheres und stabiles Europa aufzubauen, in dem alle Staaten im Rahmen transparenter Strukturen zusammenarbeiten, sich zu den gleichen Werten bekennen und nach den gleichen Kriterien beurteilt werden.

Wir unterstützen uneingeschränkt den Geist der Solidarität und der gemeinsamen Werte, durch den sich der Europarat, die OSZE und die Europäische Union auszeichnen. Die Ukraine ist bereits Mitglied des Europarates und der OSZE, und sie arbeitet entschlossen darauf hin, auch der EU beizutreten. Da Anfang dieses Jahres das Partnerschafts- und Kooperationsübereinkommen zwischen der Ukraine und der EU in Kraft getreten ist, können wir nun unsere politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und kulturellen Kontakte zur Europäischen Union weiter ausbauen.

Wir bemühen uns auch um engere Beziehungen zur Westeuropäischen Union, in der wir ein wichtiges Element des europäischen Sicherheitsumfeldes sehen. Im Juni 1997 schlossen die Ukraine und die WEU eine Vereinbarung zur Regelung des Einsatzes ukrainischer Langstreckenflugzeuge bei der Einrichtung von Luftbrücken. Diese Vereinbarung, die erste derartige Vereinbarung, die von der

„Die Teilnahme an Mechanismen der regionalen Zusammenarbeit ist ein wichtiger Aspekt der ukrainischen Außenpolitik.“ Von links nach rechts: der ukrainische Präsident Leonid Kutschma, der aserbaidjanische Präsident Hajdar Alijew, der Präsident der Republik Moldau, Petru Lucinschi, und der russische Ministerpräsident Sergej Kirijenko am 5. Juni 1998 in Jalta während eines Fototermins anläßlich des Gipfeltreffens der Organisation der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres. (Foto: AP)

WEU geschlossen wurde, ist ein konkretes Beispiel für die Art der Zusammenarbeit, an der wir uns zur Stärkung der Stabilität und Sicherheit Europas beteiligen. Wir hoffen, daß wir unsere Beziehungen zur WEU in Zukunft auf dieser Grundlage stärker formalisieren können.

## Eine ausgeprägte Partnerschaft mit der NATO

Unter den euro-atlantischen Institutionen, zu denen unser Land engere Beziehungen herstellt, ist die NATO für die Ukraine von besonderer Bedeutung. Wir halten die NATO



## Die NATO im Blickpunkt

### Neuer NATO-Informationsoffizier in Kiew: Das NATO-Informationszentrum feiert sein einjähriges Bestehen

NATO-Generalsekretär Javier Solana hat Taras Kuzio zum NATO-Informationsoffizier und zum Leiter des Informations- und Dokumentationszentrums der NATO in Kiew, Ukraine, ernannt. Dr. Taras Kuzio (40), der die britische Staatsangehörigkeit besitzt, hat sich während seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit größtenteils mit ukrainischen Angelegenheiten beschäftigt und umfangreiche Veröffentlichungen zum allgemeinen politischen Kurs und zur Sicherheitspolitik der Ukraine verfaßt. Vor seiner Ernennung zum NATO-Informationsoffizier war er in leitender Position als Forscher am Zentrum für Rußland- und Osteuropastudien der Universität Birmingham sowie in gleicher Funktion für den Konsultativrat des ukrainischen Parlamentes tätig. Zuvor hatte er mit Zuständigkeit für ukrainische Angelegenheiten als Journalist und Redakteur gearbeitet. Dr. Taras Kuzio wird seine Arbeit in Kiew im September 1998 aufnehmen.



Das Informations- und Dokumentationszentrum der NATO, das im Institut für internationale Beziehungen der Taras-Schewtschenko-Universität in Kiew untergebracht ist, hat gerade den ersten Jahrestag seines Bestehens gefeiert. Das Zentrum soll den Informationsaustausch zwischen dem Bündnis und der Ukraine erleichtern und so dazu beitragen, daß alte Vorurteile überwunden werden und die ukrainische Bevölkerung korrekte Informationen über die NATO erhält. Das Informations- und Dokumentationszentrum, das auf der Grundlage der Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft errichtet wurde, leistet einen wichtigen Beitrag zur Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine.

für den zuverlässigsten und tragfähigsten Pfeiler der europäischen Sicherheit und haben unseren Beziehungen zum Bündnis mit Hilfe der auf dem Madrider Gipfeltreffen im Juli 1997 unterzeichneten „Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft“ zwischen der NATO und der Ukraine einen förmlichen Rahmen gegeben. Diese weitreichende Partnerschaft bedeutet nicht unbedingt, daß die Ukraine dem Bündnis beitreten möchte, zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Wir sind uns darüber im klaren, daß wir sowohl im Hinblick auf die Erfüllung der nötigen Kriterien als auch

im Hinblick auf die öffentliche Meinung in der Ukraine für eine Mitgliedschaft noch nicht in Frage kommen.

Wir haben aber eine großangelegte Aufklärungskampagne eingeleitet, um die beiderseitigen Vorteile der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO darzulegen. Ich bin davon überzeugt, daß die Ukrainer mit der Zeit erkennen werden, daß die NATO für uns keine Gefahr darstellt, sondern – ganz im Gegenteil – als Garant der Stabilität Europas dient und somit auch unsere Sicherheit stärkt. Daher begrüßen wir, daß Polen, die Tschechische Republik und Ungarn – darunter also zwei der Staaten, die an die Ukraine angrenzen – eingeladen worden sind, dem Bündnis beizutreten.

Die zwischen der NATO und der Ukraine vereinbarte Charta hat uns neue Perspektiven der Zusammenarbeit eröffnet und eine solide Grundlage für die dynamische Weiterentwicklung unserer Beziehungen geschaffen. Das greifbarste Ergebnis der Charta besteht in der Bildung der NATO-Ukraine-Kommission, eines Forums, in dem wir mit den 16 NATO-Mitgliedstaaten zu Konsultationen über ein breites Spektrum politischer und militärischer Kooperationsaktivitäten zusammenkommen. Diese Kommission ist inzwischen zweimal auf der Ebene der Außenminister und einmal auf der Ebene der Verteidigungsminister zusammengetreten, während sie auf Botschaferebene regelmäßig tagt. Unsere Konsultationen betrafen Fragen wie die Stärkung der Zusammenarbeit bei friedenserhaltenden Maßnahmen, die Bildung der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Verteidigungsreform und die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe für zivile Notfallplanung<sup>1)</sup>.

Was die militärische Ebene betrifft, so hat der militärische Vertreter der Ukraine bei der NATO im Januar seine Arbeit aufgenommen, und wir gehen davon aus, daß in nächster Zeit ein Verbindungsoffizier der NATO nach Kiew entsandt wird. Dadurch werden wir unsere militärischen Kontakte zum Bündnis weiter ausbauen können und Gelegenheit haben, uns besser über die Streitkräfte der jeweils anderen Seite zu informieren; zudem kann die Ukraine auf diese Weise im Hinblick auf die Reform ihrer Streitkräfte nützliche Erfahrungen sammeln.

Die zwischen der NATO und der Ukraine vereinbarte Charta geht jedoch in ihrer Bedeutung weit über die zahlreichen Kooperationsaktivitäten hinaus, die sie erleichtert. Wie der Erweiterungsprozeß des Bündnisses, die Grundakte NATO-Rußland und der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat spielt diese Charta eine wichtige Rolle bei der Beseitigung des europäischen Stabilitäts- und Sicherheitsvakuum, das durch das Ende des Kalten Krieges entstanden ist.

Die Ukraine hat also durch die Vielfalt der Mechanismen und Institutionen der Zusammenarbeit, an denen sie sich in führender Position beteiligt, und insbesondere durch ihre ausgeprägte Partnerschaft mit der NATO in der sich herausbildenden europäischen Sicherheitsarchitektur eine Schlüsselrolle übernommen und sich als ein Staat erwiesen, der einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität Europas leistet. ♦

(1)

Für weitere Einzelheiten zur Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Ukraine auf dem Gebiet der zivilen Notfallplanung s. den folgenden Beitrag in der vorliegenden Ausgabe des NATO BRIEFS.

# Die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO auf dem Gebiet der zivilen Notfallplanung

Valentin Kaltschenko,  
ukrainischer Minister für Notsituationen

*Die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO machte einen bedeutenden Schritt nach vorn, als im Juli 1997 in Madrid die Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft unterzeichnet wurde. Bei der Umsetzung der Charta ist die Ukraine bemüht, maximalen Nutzen aus diesem Vertrag zu ziehen, und die zivile Notfallplanung bildet einen der konkreteren Bereiche der Zusammenarbeit mit der NATO. In dem nun folgenden Beitrag schildert Valentin Kaltschenko in bezug auf die zivile Notfallplanung die Meilensteine in der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO und erläutert, welche Bedeutung diesem Kooperationsbereich für die Ukraine zukommt.*

Die zivile Notfallplanung (Civil Emergency Planning – CEP) ist darauf ausgerichtet, die Zivilbevölkerung im Fall einer Notsituation (wie z.B. während eines Krieges oder bei Naturkatastrophen) zu schützen. Wegen der praktischen Anwendbarkeit der CEP-Aktivitäten spielt sie in dem für die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten aus Mittel- und Osteuropa bestimmten NATO-Programm der Partnerschaft für den Frieden (PfP) eine wichtige Rolle. 1992, also im ersten Jahr ihrer Unabhängigkeit, beteiligte sich die Ukraine zum ersten Mal an den CEP-Kooperationsaktivitäten. Nachdem die Ukraine zwei Jahre später (Februar 1994) der PfP beigetreten war, bestimmte der Minister für Notsituationen zwei Einheiten für die Teilnahme an CEP-Kooperationsaktivitäten, nämlich die Mobile Mechanisierte Brigade der Zivilverteidigung (Kiew) und die militärische Sondereinheit für Rettungseinsätze (Poltawa).

1997 beteiligten sich der Stab eines ukrainischen Rettungsbataillons und ein Pionierzug der Autonomen Mechanisierten Brigade des Ministeriums für Notsituationen an der PfP-Übung „Cooperative Safeguard ‘97“, die im Juli



Im Dezember 1995 stattete eine Delegation von Vertretern verschiedener ukrainischer Behörden, die mit Fragen der zivilen Notfallplanung befaßt sind, der NATO-Zentrale einen Besuch ab. Dieser Besuch trug in hohem Maße dazu bei, sowohl die tiefgreifenden Veränderungen, die sich seit dem Ende des Kalten Krieges im Bündnis vollzogen hatten, als auch die zunehmende Bedeutung mehrerer Initiativen hervorzuheben, die im Rahmen des 1991 von der NATO verabschiedeten breitangelegten sicherheitspolitischen Ansatzes eingeleitet worden waren. Das Ergebnis war die Vereinbarung eines soliden Kooperationsprogramms mit den CEP-Stellen der NATO.

Ein Jahr später war Kiew sogar schon Gastgeber der ersten Tagung des CEP-Direktoriums, die außerhalb des NATO-Gebietes stattfand. Ebenfalls 1996 veranstaltete der Zivilschutzausschuß der NATO (mit den Kooperationspartnern) in Lwow eine Tagung in Verbindung mit der Stabsrahmenübung/dem Manöver „Carpathian Safety ‘96“, die von der Ukraine im gleichen Gebiet ausgerichtet wurde. An dieser Übung nahmen Rettungseinheiten der Vereinigten Staaten, Polens, der Slowakischen Republik und Ungarns teil.

1997 in Island stattfand, sowie an der Übung „Sea Breeze ‘97“, die im darauffolgenden Monat von der Ukraine ausgerichtet wurde. Im September 1997 organisierte die Ukraine in Kiew gemeinsam mit der NATO ein Seminar zu dem Thema „Sanitätslufttransport in Notsituationen“, auf dem sich 100 Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten und der Partnerstaaten durch Diskussionen und Ausbildungsveranstaltungen auf den neuesten Stand bringen ließen.

## Eine neue Stufe der Zusammenarbeit

Diese Übungen, Seminare und sonstigen Veranstaltungen beweisen, wie nützlich die PfP als Rahmenstruktur für langfristige Projekte und praktische Übungen ist, die von den NATO-Mitgliedern und den Partnerstaaten als Vorbereitung auf tatsächliche Such- und Rettungseinsätze durchgeführt werden. Wir in der Ukraine meinten jedoch, wir könnten noch mehr tun. Daher stellten wir unsere Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Notfallplanung im Dezember 1997, als das ukrainische Ministerium für Notsituationen mit der NATO eine Vereinbarung über zivile Notfallplanung und

*Valentin Kaltschenko (links) am 16. Dezember 1997, als er während der Zeremonie anläßlich der Unterzeichnung der CEP-Vereinbarung zwischen der NATO und der Ukraine die Glückwünsche Herpert van Foreests, des Beigeordneten NATO-Generalsekretärs für Infrastruktur, Logistik und zivile Notfallplanung, entgegennimmt.*

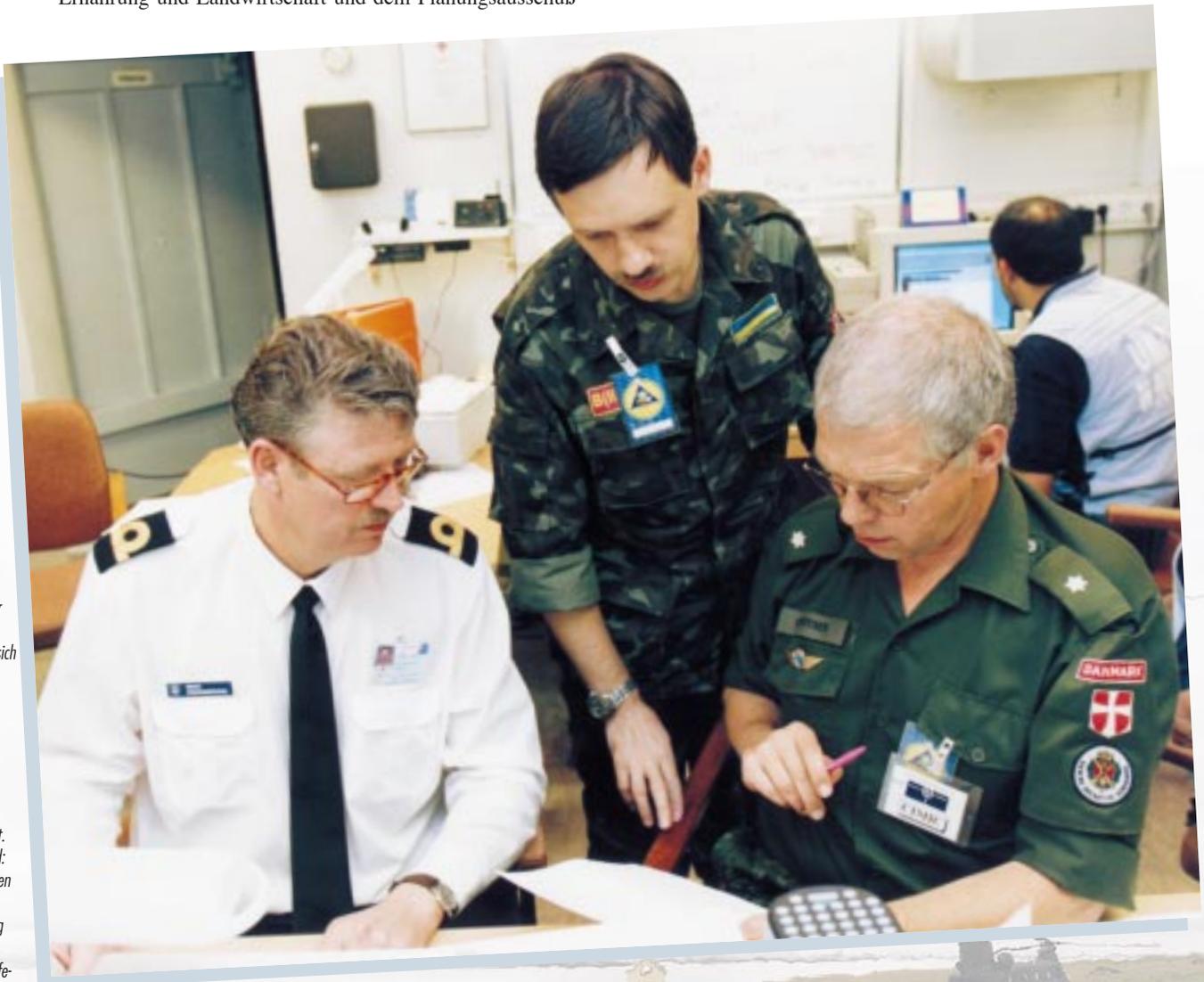
Katastrophenschutz unterzeichnete, auf eine deutlich höhere Stufe. Diese Vereinbarung, eine der lediglich zwei Vereinbarungen, die von der NATO auf dem CEP-Gebiet geschlossen worden sind, schuf den rechtlichen Rahmen für die stärkere Abstimmung des zuständigen ukrainischen Ministeriums nicht nur mit der NATO als Organisation, sondern auch mit den einzelnen Bündnisstaaten.

Eine der bedeutendsten Bestimmungen dieser Übereinkunft besteht in der Vereinbarung, gemeinsame Studien mit dem Ziel durchzuführen, durch internationale Zusammenarbeit das allgemeine Katastrophenhilfepotential bei nuklearen Unfällen zu verbessern. Diese gemeinsamen Aktivitäten, die sich auf eine umfassende systematische Analyse des Reaktorunfalls von Tschernobyl stützen sollen, werden in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Fachausschüssen, die dem NATO-Oberausschuß für zivile Notfallplanung nachgeordnet sind, durchgeführt werden, d.h. in erster Linie mit dem Zivilschutzausschuß, dem Gemeinsamen Medizinischen Ausschuß, dem Planungsausschuß für Ernährung und Landwirtschaft und dem Planungsausschuß

für Zivilluftfahrt. Dies wird hoffentlich dazu führen, daß wir unsere jetzigen Kenntnisse über die Auswirkungen von Katastrophen in der Größenordnung des Tschernobyl-Störfalls auf den Menschen, die Landwirtschaft, die Wasservorräte und andere lebensnotwendige Ressourcen vertiefen können.

In bezug auf Notsituationen, die sich aus der Freisetzung von Radioaktivität ergeben, werden die Ukraine und die NATO unter Berücksichtigung der Rolle der Internationalen Atomenergie-Organisation mit der NATO-Expertengruppe für Warnsysteme und Detektoren zusammenarbeiten.

Die CEP-Arbeitsgruppe der Ukraine und der NATO, die unter der Ägide der NATO-Ukraine-Kommission gebildet wurde, hat die Aufgabe, die Bestimmungen der CEP-Vereinbarung in die Praxis umzusetzen und die gemeinsamen Aktivitäten zu planen und zu koordinieren. Die erste Tagung dieser Arbeitsgruppe fand im März in Kiew statt; an ihr nahmen hochrangige NATO-Bedienstete und Vertreter der ukrainischen Regierung



*Ein ukrainischer Offizier des ukrainischen Ministeriums für Notsituationen (Mitte), als er sich während der PFP-Übung „Cooperative Safeguard 97“ mit seinen Kollegen aus Island und Dänemark berät. (Im Hintergrund: Rettungseinheiten bei der praktischen Erprobung von Katastrophenhilfeverfahren während einer Übung, die im Juli 1997 in Island abgehalten wurde.)*



Die Ukraine verfügt über „wertvolle Erfahrungen“ in bezug auf Gegenmaßnahmen nach einem nuklearen Unfall. Das Foto zeigt einen Arbeiter, der eine Bohrmaschine bedient, mit deren Hilfe unter dem Zementsarkophag, mit dem der vierte Reaktor des Kernkraftwerks von Tschernobyl nach dem Störfall von 1986 umgeben wurde, Untersuchungen gemacht werden können. (Foto: Reuters)

sowie anderer einschlägiger Ämter und Dienststellen teil. Auf dieser Tagung wurden einige wichtige Beschlüsse bezüglich unserer künftigen Zusammenarbeit gefaßt und ein gemeinsames Kommuniqué erarbeitet.

Insbesondere vereinbarten wir auf der Grundlage der Ausführungen der Vorsitzenden des Planungsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft und des Gemeinsamen Medizinischen Ausschusses sowie in Anbetracht der darauf folgenden eingehenden Diskussionen, daß ukrainische Experten an den Tagungen dieser beiden Ausschüsse, die noch vor Ablauf dieses Jahres in Wien bzw. Brüssel stattfinden sollen, teilnehmen werden, um ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit Tschernobyl weiterzugeben.

Dank des Beschlusses der NATO, den Partnerstaaten Zugang zu den CEP-Direktorien und -Ausschüssen zu gewähren, konnte zudem der schrittweise Ausbau der Beteiligung der Ukraine nicht nur an der Arbeit des Oberausschusses für zivile Notfallplanung, sondern auch an den Aktivitäten seiner nachgeordneten Fachorgane und -Ausschüsse vereinbart werden.

Wir hoffen sehr, daß die Ukraine einen konstruktiven Beitrag zur Arbeit des vor kurzem in der Brüsseler NATO-Zentrale eingerichteten Euro-Atlantischen Koordinierungszentrums für Katastrophenhilfe sowie zur Euro-Atlantischen Katastrophenhilfeeinheit leisten kann. Das Ministerium für Notsituationen hat erfahrenes Personal, auf das diese Einheit zurückgreifen könnte, um den Opfern von Katastrophen – sei es in NATO-Staaten oder in Partnerstaaten – mit Hilfe von Experten die erforderliche Unterstützung anzubieten. Neben den wertvollen Erfahrungen, die wir bei den Hilfsmaßnahmen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl sammeln konnten, verfügen wir auch über ausgezeichnete Lufttransportfähigkeiten. Das ukrainische Ministerium für Notsituationen und die Wissenschaftler der Ukraine sind bereit, die im Koordinierungszentrum vertrete-

nen Kollegen aus den NATO-Mitgliedsländern und den Partnerstaaten von ihren Kenntnissen und praktischen Erfahrungen profitieren zu lassen.

Es versteht sich von selbst, daß diese Entwicklungen zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit und zu einer schrittweisen Einbindung ukrainischer Experten in die verschiedenen CEP-Arbeitsgebiete führen und somit die Integration der Ukraine in das wirtschaftliche und soziale Gefüge des euro-atlantischen Raumes, in dem die Ukraine eine wichtige Rolle spielen will, entscheidend fördern werden.

## Eine sicherere Zukunft

Einige der erforderlichen Kooperationsverfahren haben wir bereits während der internationalen Krisenbewältigungsübung „CMX 98“ erarbeitet, die im März in der NATO-Zentrale stattfand. Das Ministerium für Notsituationen und das Außenministerium der Ukraine haben sich nun auf die Verfahren für die Entsendung eines Vertreters meines Ministeriums in die ukrainische NATO-Vertretung geeinigt; auf diese Weise wollen wir die Abstimmung unserer Arbeit mit den Bemühungen des Bündnisses verbessern. Die aktive Teilnahme eines Vertreters der Ukraine an der Arbeit des NATO-Oberausschusses für zivile Notfallplanung und seiner nachgeordneten Planungsorgane und -ausschüsse wird unsere Zusammenarbeit stärken und zu einer besseren Abstimmung zwischen der zivilen Notfallplanung der Ukraine und der CRP der NATO-Mitgliedstaaten führen.

Die Zukunft liegt in unseren Händen. Durch unsere praktische Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Notfallplanung haben wir Gelegenheit, einen Beitrag dazu zu leisten, daß unsere Kinder, Enkelkinder und alle späteren Generationen in einer Welt der Sicherheit, der Stabilität und des Wohlstands leben können. Was die Ukraine betrifft, so sind wir bereit, diese Chance nach besten Kräften zu nutzen. ◆

# Die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland ein Jahr nach der Unterzeichnung der Grundakte in Paris

Klaus-Peter Klaiber,

Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Politische Angelegenheiten



Seit vor einem Jahr die Grundakte unterzeichnet und der Ständige Gemeinsame Rat eingerichtet wurde, sind die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland auf eine qualitativ neue Stufe gestellt worden. Durch regelmäßige Kontakte im Rahmen der Arbeit des Ständigen Gemeinsamen Rates führen die NATO und Rußland einen Meinungs austausch und konsultieren einander zu euro-atlantischen Sicherheitsfragen von beiderseitigem Interesse. Diese politischen Konsultationen werden durch Kontakte zwischen den Militärs der beiden Seiten ergänzt, zu denen z.B. die gemeinsame Beteiligung an der SFOR-Mission in Bosnien und Übungen für friedenserhaltende Maßnahmen zählen. Botschafter Klaus-Peter Klaiber vertritt die Ansicht, daß wir mit diesen Kooperationsmechanismen in die richtige Richtung gehen – in Richtung auf eine Zukunft der gemeinsamen Sicherheit und Stabilität in Europa.

Vor etwas mehr als einem Jahr unterzeichneten die NATO und Rußland die „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit“. Die Unterzeichnung, die wenige Wochen vor dem Madrider Gipfeltreffen in Paris stattfand, war mehr als eine diplomatische Zeremonie. Sie bedeutete für die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges eine entscheidende Wende. Durch die Unterzeichnung der Grundakte schufen die NATO und Rußland nämlich die Grundlage für neue strategische Beziehungen.<sup>1)</sup> Jetzt steht zweifelsfrei fest, daß wir gemeinsam die Verantwortung dafür tragen, das neue europäische Sicherheitsumfeld bis weit in das 21. Jahrhundert hinein zu gestalten.

Im ersten Jahr nach der Unterzeichnung dieser historischen Übereinkunft sind wir mit der Umsetzung der Vertragsbestimmungen schon weit vorangekommen. Die NATO und Rußland haben durch den Ständigen Gemeinsamen Rat (SGR), der im Einklang mit der Grundakte eingerichtet worden ist, ein neues Forum für Konsultationen über sicherheitsrelevante Fragen geschaffen. Durch unsere Arbeit im SGR bemühen wir uns nun um neue, noch nie dagewesene Formen der Zusammenarbeit.

Wie immer bei der Einleitung neuer Beziehungen waren Zeit und diplomatisches Fingerspitzengefühl vonnöten, um

eine gewisse Vertrautheit im Umgang miteinander zu erreichen. Viele Jahrzehnte des Mißtrauens waren zu überwinden, und Fehleinschätzungen mußten korrigiert werden. Auf der Arbeitsebene machen unsere Beziehungen nun beeindruckende Fortschritte, auch wenn noch immer große Aufgaben vor uns liegen. Wir wollen aus der Partnerschaft zwischen der NATO und Rußland ein *ständiges* Element der euro-atlantischen Sicherheit machen.

## Der breitere Rahmen

Von allen Veränderungen, die sich in Europa und im Bündnis in den letzten Jahren vollzogen haben, bedeuten die neuen Beziehungen zwischen der NATO und Rußland den revolutionärsten Wandel. Vorbei ist die Zeit, in der sich zwei militärische Blöcke in der Mitte Europas als Gegner gegenüberstanden. Jetzt sind in Europa die alten Trennlinien verschwunden. Die meisten Staaten Mittel- und Osteuropas konsolidieren derzeit ihre wirtschaftlichen und politischen Reformen und bemühen sich um engere Beziehungen zu den euro-atlantischen Institutionen. Und zudem vollzieht sich in Rußland der einschneidendste Wandel der modernen russischen Geschichte.

Der russische Außenminister Jewgeni Primakow (am Rednerpult links) am 28. Mai 1998 nach der Ministertagung des Ständigen Gemeinsamen Rates in Luxemburg während einer Pressekonferenz mit dem französischen Außenminister Hubert Védrine (Mitte) und NATO-Generalsekretär Javier Solana, den beiden SGR-Vorsitzenden.



1) Wortlaut der Grundakte s. Dokumentationsteil des NATO BRIEFS 4/1997 oder World Wide Web (<http://www.nato.int/>)

Das gleiche läßt sich auch in bezug auf die NATO sagen. Anfang der 90er Jahre dieses Jahrhunderts faßte das Bündnis den grundlegenden Beschluß, daß die Zusammenarbeit der NATO mit ihren früheren Gegnern und die Öffnung des Bündnisses gegenüber diesen Staaten die wichtigsten Instrumente zur Erreichung von Sicherheit und Stabilität im heutigen Europa darstellen sollten. Die NATO übernahm daher über die Wahrung der territorialen Unversehrtheit ihrer Mitgliedstaaten hinaus die umfassende Aufgabe, die Sicherheit und Stabilität ganz Europas zu fördern.

Es stellte sich auch heraus, daß der Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur nicht *ohne* Rußland möglich sein würde, d.h. nicht ohne ein Land von besonderem Gewicht und von besonderer Bedeutung für die Stabilität Europas. Durch die Grundakte haben die NATO und Rußland den institutionellen Rahmen für die Erarbeitung gemeinsamer Strategien und Lösungsansätze zur Bewältigung gemeinsamer Probleme geschaffen. Die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland ergänzen die sonstigen politischen Maßnahmen des Bündnisses zur Förderung der Sicherheit, wie z.B. die Erweiterung, die ausgeprägte Partnerschaft mit der Ukraine, den erweiterten Dialog mit den Staaten des Mittelmeerraumes und die engen politischen und militärischen Beziehungen zwischen der NATO und ihren Partnerstaaten, die sich auf die beiden zentralen Pfeiler unserer Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich stützen, nämlich auf den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden.



*Der russische Verteidigungsminister, Marschall Igor Sergejew, am 12. Juni 1998 in Brüssel, wo er vor der SGR-Tagung auf der Ebene der Verteidigungsminister ein Gespräch mit NATO-Generalsekretär Javier Solana und dem französischen Verteidigungsminister Alain Richard (links) führt.  
(Foto: AP)*

## Ein erfolgreiches Jahr

Die erste Ministertagung des Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rates, die im September 1997 in New York stattfand, brachte unsere Zusammenarbeit auf den richtigen Weg. Im Dezember vereinbarten die NATO und Rußland ein umfassendes Arbeitsprogramm für 1998, das ein breites Spektrum von Konsultationsthemen und Kooperationsaktivitäten enthält, wie z.B. friedenserhaltende Maßnahmen, die Umstellung der Rüstungsindustrie auf die zivile Produktion, verteidigungsbedingte Umweltprobleme und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Noch im gleichen Monat veranstalteten wir mit großen Erfolg eine Arbeitstagung über die Umschulung von aus dem Militär-dienst entlassenen Offizieren, an der Vertreter der NATO und Rußlands teilnahmen.

Seit Juli 1997 kommen die Botschafter beider Seiten regelmäßig im Rahmen des SGR zusammen. Im Februar dieses Jahres führten wir beispielsweise einen Meinungsaustausch über die Bekämpfung des Terrorismus, und im März überprüften wir die politischen und verteidigungsrelevanten Bemühungen im Kampf gegen die Verbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen und ihrer Trägersysteme. Zudem ist eine politisch-militärische Expertengruppe für friedenserhaltende Maßnahmen gebildet worden, die regelmäßig zu Tagungen zusammentritt.

Ende April erörterten die Botschafter zum ersten Mal Fragen im Zusammenhang mit nuklearen Waffen, einschließlich der damit verbundenen Doktrinen, Strategien und Sicherheitsprobleme. Dabei wurde klar, daß sich die NATO und Rußland nicht scheuen, auch über heikle Angelegenheiten einen Meinungsaustausch zu führen. So fanden im Mai Konsultationen über die Strategie, die Verteidigungspolitik und die militärischen Doktrinen der NATO und Rußlands sowie über die Verteidigungshaushalte und die Infrastrukturprogramme statt.

Auf dem Gebiet der zivilen Notstandsplanung haben die NATO und Rußland ein Pilotprojekt zu dem Thema „Einsatz der Satellitentechnologie zur Beurteilung und Bekämpfung von Katastrophen“ eingeleitet. Darüber hinaus haben wir etwa 1500 russischen Wissenschaftlern die Teilnahme an dem neuen NATO-Programm „Wissenschaft für den Frieden“ ermöglicht.<sup>2)</sup> Zudem unterzeichneten die NATO und Rußland am 28. Mai 1998 auf der Ministertagung des SGR in Luxemburg eine Vereinbarung über die wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Auf den Tagungen des Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rates auf der Ebene der Außenminister (Mai) und auf der Ebene der Verteidigungsminister (Juni) wurden in bezug auf das SGR-Arbeitsprogramm für 1998 die künftigen Prioritäten geprüft sowie die Lage in Bosnien und Herzegowina erörtert; dabei befaßte man sich auch mit der

2)  
Für weitere Informationen zu diesem Programm s. Jean-Marie Cadiou, „Wissenschaft für den Frieden: Das neue Programm der NATO für die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten“, NATO BRIEF 6/1997, S. 30-33.

Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland im Rahmen der SFOR-Mission und mit der Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft auf die Krise im Kosovo. Die Diskussionen der Minister über diese Krise wie auch die beiden außerordentlichen SGR-Tagungen auf Botschafterebene, die im Mai und im Juni zu der gleichen Frage stattfanden, waren ein besonders beeindruckendes Beispiel für die neue Stufe der Transparenz und der Zusammenarbeit, die in den vorangegangenen 12 Monaten erreicht worden war. Als Reaktion auf die Atomwaffenversuche Indiens und Pakistans gaben die SGR-Außenminister am 28. Mai 1998 auf ihrer Tagung in Luxemburg eine gemeinsame Erklärung ab, in der die NATO und Rußland ebenfalls ihre Entschlossenheit zum Ausdruck brachten, ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Vorbereitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen und ihrer Trägersysteme fortzusetzen.<sup>3)</sup>

*Ein russischer und ein amerikanischer SFOR-Offizier beim Vergleich ihrer Aufzeichnungen nach einem gemeinsamen Patrouilleneinsatz in Bosnien und Herzegowina. (Foto: SFOR)*



## Kontakte zwischen den Militärs

Die Lage in Bosnien und Herzegowina ist ein Thema, das sich zu einem ständigen Gegenstand der Konsultationen zwischen der NATO und Rußland entwickelt hat. Noch vor wenigen Jahren hätte wohl kaum jemand vorhergesagt, daß Truppen der NATO und russische Truppen einmal zur Durchführung eines Friedensabkommens im ehemaligen Jugoslawien Seite an Seite im Einsatz sein würden. Die Teilnahme Rußlands an den unter der Leitung der NATO durchgeführten IFOR- und SFOR-Operationen, in deren Rahmen es mit NATO-Staaten und anderen Partnerstaaten zusammenarbeitet, ist ein sichtbarer Beweis für den praktischen Charakter unserer Zusammenarbeit. Ferner hat Rußland nach der im Juni 1997 beschlossenen Verlängerung des SFOR-Mandates weiterhin seinen Beitrag zu den von

der NATO geführten Truppen in Bosnien geleistet. Dies zeigt, daß die NATO und Rußland im neuen Europa gemeinsam dazu beitragen können, das europäische Sicherheitsumfeld zu gestalten. Sollten wir mit Rußland im Einklang mit der Grundakte einmal andere gemeinsame Friedensmissionen einleiten, so müssen wir auf den in Bosnien gesammelten Erfahrungen aufbauen.

Auch über die Bosnienfrage hinaus haben die militärischen Kontakte zwischen der NATO und Rußland in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Unter der Ägide des SGR finden regelmäßig Tagungen der militärischen Vertreter statt. Zu Beginn dieses Jahres wurde Generalleutnant Wiktor Sawarsin zum ersten ständigen militärischen Vertreter Rußlands bei der NATO ernannt. Die beiden Seiten haben nämlich vereinbart, noch vor Ablauf dieses Jahres in Moskau und Brüssel militärische Vertretungen einzurichten. Im Mai nahm Rußland gemeinsam mit NATO-Mitgliedern und Partnerstaaten an der PFP-Übung „Cooperative Jaguar“ teil, die in Dänemark stattfand.

Wir sehen dem weiteren Ausbau dieser Kontakte erwartungsvoll entgegen. Insbesondere hoffen wir, daß Rußland die Kooperationsmöglichkeiten, die sich aus dem Programm der Partnerschaft für den Frieden ergeben, in vollem Umfang nutzen kann. Derzeit wird geprüft, ob ein PFP-Sonderprogramm, das speziell auf die Bedürfnisse und Vorstellungen Rußlands zugeschnitten ist, eingeleitet werden soll. Es würde die Zusammenarbeit Rußlands mit den NATO-Mitgliedstaaten und anderen PFP-Mitgliedern vertiefen und zu größerer Stabilität und gegenseitiger Offenheit sowie zu mehr Vertrauen führen.

## Informationsaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit

Informationsaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit sind weitere wichtige Aspekte der neuen Beziehungen zwischen der NATO und Rußland. Unzählige russische Journalisten, Studenten und Regierungsvertreter haben der Brüsseler NATO-Zentrale in den letzten Jahren einen Besuch abgestattet. Dieser Besucherstrom wird in Zukunft wahrscheinlich noch anschwellen. Darüber hinaus hat die Nordatlantische Versammlung – der parlamentarische Arm des Bündnisses – bei der Förderung der Kontakte zwischen der russischen Duma und den Parlamenten der NATO-Mitgliedstaaten eine entscheidende Rolle gespielt.

Im Februar 1997 hatte ich die Ehre, in Moskau der Eröffnung des NATO-Dokumentationszentrums für europäische Sicherheitsfragen beizuwohnen. Dieses Zentrum, das sich auf dem Gelände des angesehenen INION-Institutes befindet, stellt nun einem breiten Spektrum russischer Organisationen und Privatpersonen Informationen über die NATO und über allgemeine Fragen der europäischen Sicherheit zur Verfügung. Ich hoffe, es wird dazu beitragen, ein richtiges Bild von der Politik der NATO zu vermitteln.

<sup>3)</sup> S. Seite D6 des Dokumentationsteils der vorliegenden Ausgabe des NATO BRIEFS.



## Moskauer Arbeitstagung anlässlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung der Grundakte NATO-Rußland

Anlässlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung der Grundakte NATO-Rußland wurde am 19. und 20. Juni 1998 in Moskau am Wissenschaftlichen Informationsinstitut für Sozialwissenschaften (INION) auf hoher Ebene eine Arbeitstagung veranstaltet. Die Arbeitstagung, die gemeinsam von dem auf dem INION-Gelände untergebrachten NATO-Dokumentationszentrum für europäische Sicherheitsfragen und dem Informations- und Pressedirektorat der NATO organisiert wurde, war Teil des für 1998 vereinbarten Arbeitsprogramms des Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rates.

Auf der Arbeitstagung kamen zum ersten Mal zivile und militärische Entscheidungsträger der NATO und Rußlands mit einer Gruppe von Wissenschaftlern aus 14 NATO-Mitgliedstaaten sowie von Moskauer und regionalen russischen Universitäten zusammen. Ungefähr 90 Tagungsteilnehmer zogen eine Bilanz des ersten Jahres der im Einklang mit der Grundakte praktizierten Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland und erörterten Vorschläge in bezug auf die Fortführung der Zusammenarbeit in einem breiten Spektrum von Kooperationsbereichen, darunter friedenserhaltende Maßnahmen, Wissenschaft, zivile Notfallplanung, Rüstungszusammenarbeit und die Umschulung von aus dem Militärdienst entlassenen Soldaten.

Zu den russischen Hauptrednern zählten Nikolaj Afanassjewski, der stellvertretende Außenminister, und Generalleutnant Valeri Manilow, der erste stellvertretende Generalstabschef des Verteidigungsministeriums. Auf der Seite der NATO waren die Hauptredner Chris Donnelly, der Sonderberater des Generalsekretärs für Mittel- und Osteuropa, und Generalleutnant Nicholas Kehoe, der stellvertretende Vorsitzende des Militärausschusses.

Die Organisatoren der Arbeitstagung planen die Veröffentlichung einer Zusammenfassung der Konferenzergebnisse.

### Rußland und die Erweiterung der NATO

Eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit wird auch in Zukunft besonders wichtig sein, wenn es darum geht, die anhaltenden Befürchtungen Rußlands im Hinblick auf die Erweiterung der NATO auszuräumen. Unsere Botschaft gegenüber unseren Freunden in Rußland lautet daher nach wie vor: Die Erweiterung der NATO bedeutet keine Gefahr für die nationalen Sicherheitsinteressen Rußlands. Vielmehr stärken wir durch die Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten in ein kooperatives Sicherheitssystem die Sicherheit und Stabilität ganz Europas, einschließlich Rußlands.

Die NATO verlegt auch keine militärische Maschinerie in Richtung Osten. In der Grundakte hat sie ihre einseitige Erklärung vom 14. März 1997 wiederholt, der zufolge das Bündnis im derzeitigen und bereits absehbaren Sicherheitsumfeld seine Aufgabe der kollektiven Verteidigung und andere Aufgaben nicht durch die ständige Stationierung umfangreicher zusätzlicher Streitkräfte, sondern vielmehr dadurch wahrnehmen wird, daß es die nötige Interoperabilität, Integration und Verstärkungsfähigkeit sicherstellt. Meiner Meinung nach spricht diese Erklärung für sich. Zudem haben die NATO-Mitgliedstaaten ebenfalls bekräftigt, daß sie die Stationierung von Kernwaffen im Hoheitsgebiet neuer Mitglieder weder beabsichtigen noch planen und auch keinen Grund dafür erkennen können und daß sie es ferner nicht für nötig halten, bestimmte Aspekte des nuklearen Dispositives oder der Nuklearpolitik der NATO jetzt oder auch in absehbarer Zukunft zu ändern.

Die Diskussion über die Erweiterung der NATO hat gezeigt, daß wir nicht immer in allen Fragen übereinstimmen werden. Gelegentlich auftretende Meinungsverschiedenheiten sollten uns jedoch nicht den Blick für das Wesentliche verstellen: das echte Engagement beider Seiten für das Ziel, durch Zusammenarbeit Vertrauen zu schaffen.

Die bisherige Bilanz der Beziehungen zwischen der NATO und Rußland hat diejenigen Kritiker widerlegt, die behauptet haben, eine Verbesserung der Beziehungen zu Rußland könne nur auf Kosten der Sicherheit mittel- und osteuropäischer Staaten erreicht werden.

### Ausblick auf die Zukunft

Der wichtigste Einzelfaktor, der die Sicherheit Europas in den nächsten Jahren beeinflussen wird, besteht möglicherweise in der Rolle, für die sich Rußland im neuen Europa entscheiden wird. Die besten Zukunftsaussichten erkennen wir für ein Rußland, das wohlhabend und offen ist; für einen Partnerstaat, der unser Interesse an Handel und Stabilität teilt; für einen Staat, der bei der Lösung potentieller regionaler Konflikte als Partner mit uns zusammenarbeitet; für einen Nachbarn, der seine Politik selbstbewußt, aber auch transparent und friedlich verfolgt; für einen zuverlässigen Verhandlungspartner in Rüstungskontrollfragen und für ein Land, das mit anderen Staaten des euro-atlantischen Raumes zur Bewältigung der Gefahren und Probleme der Zukunft zusammenarbeitet.

Diese Aufgabe muß von Rußland selbst in Angriff genommen werden. Wir haben jedoch nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht zu helfen. Es ist eine Aufgabe, die alle Institutionen einschließlich der NATO und der Europäischen Union angeht, und sie kann dadurch bewältigt werden, daß wir Rußland eine seiner Größe und seinem politischen Gewicht angemessene legitime Rolle einräumen.

Wir gehen zuversichtlich davon aus, daß uns die zwischen der NATO und Rußland vereinbarte Grundakte bei der Erreichung der genannten Ziele helfen wird. Durch sie konnten wir die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland zwar bereits auf eine qualitativ neue Stufe stellen, aber vor uns liegt nun die Aufgabe, die von uns geschaffenen Kooperationsmechanismen immer weiter zu verbessern. In dieser Hinsicht ist der *Ständige* Gemeinsame Rat – wie schon der Name sagt – mehr als ein Konsultationsforum. Gerade durch seinen Charakter als ständige Einrichtung wird er zur Gewährleistung der Kontinuität unserer Beziehungen beitragen. Ich bin davon überzeugt, daß wir in die richtige Richtung gehen. Im Laufe der Zeit werden unsere Beziehungen gehaltvoller und intensiver werden und so einen festen Anker für die gemeinsame Sicherheit und Stabilität ganz Europas bilden. ◆

Russische Infanteristen am 18. Mai 1998, als sie zur Teilnahme an der zweiwöchigen PFP-Übung "Cooperative Jaguar 98" im Süden Jütlands eintreffen. (Foto: AP)

# Wie man auf den fahrenden NATO-Zug aufspringt

*András Simonyi,  
Leiter der ungarischen NATO-Vertretung*

*Während sich der Ratifikationsprozeß in den 16 NATO-Mitgliedstaaten und in den drei zum Beitritt eingeladenen Staaten seinem Ende nähert, beschleunigt Ungarn gemeinsam mit Polen und der Tschechischen Republik seine letzten Vorbereitungen vor dem Beitritt zum Bündnis. Botschafter András Simonyi schildert seine Eindrücke aus nächster Nähe, nämlich aus der Perspektive des „Sonderstatus“, den Ungarn und die beiden anderen zum Beitritt eingeladenen Staaten genießen, während sie sich auf die Bündnismitgliedschaft vorbereiten – ein Prozeß, den er mit dem Aufspringen auf einen fahrenden Zug vergleicht.*

Der ungarische NATO-Botschafter András Simonyi (links) im Oktober 1997, nachdem er zur Errichtung der diplomatischen Vertretung Ungarns bei der NATO Generalsekretär Javier Solana sein Beglaubigungsschreiben überreicht hat.



Seit jenem historischen Tag im letzten Jahr, als Ungarn gemeinsam mit Polen und der Tschechischen Republik während des Madrider Gipfeltreffens eingeladen wurde, der Nordatlantikvertrags-Organisation beizutreten, haben wir die Vorbereitungen für die Mitgliedschaft unermüdlich vorangetrieben. Wir wollen sicherstellen, daß Ungarn, wenn der große Augenblick gekommen ist, sowohl politisch als auch militärisch seinen vollen Beitrag zum Bündnis leisten kann.

In Ungarn sind seit dem Systemwandel von 1989 bereits drei demokratische Wahlen abgehalten worden, aber die Demokratie wird mit jedem Regierungswechsel nur noch stärker. Zudem – das sollte ich betonen – wird die neue Regierung die Politik ihres Vorgängers mit ihren außenpolitischen Zielen, einschließlich der euro-atlantischen Integrationsbemühungen und des vorrangig betriebenen Aufbaus gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu unseren direkten Nachbarn, ohne jeden Bruch fortsetzen.

Die Mitgliedschaft Ungarns in der NATO ist nicht nur ein Ziel der Regierung und der im Parlament vertretenen Parteien, son-

dern auch ein Ziel der Gesellschaft insgesamt. Ein eindeutiger Beweis dafür war die klare Mehrheit von 85 Prozent, mit der sich die Ungarn im Herbst letzten Jahres während der Abstimmung zu dieser Frage für den Beitritt Ungarns zum Bündnis aussprachen. Dies zeigt, wie nachdrücklich die ungarische Bevölkerung den euro-atlantischen Integrationsprozeß unterstützt.

Seit im Dezember 1997 von den Außenministern der 16 NATO-Staaten die Beitrittsprotokolle für Ungarn, Polen und die Tschechische Republik unterzeichnet wurden, haben die drei zum Beitritt eingeladenen Staaten bei der NATO einen informellen Sonderstatus, der dem Beobachterstatus vergleichbar ist. Dadurch werden wir, während wir uns sorgfältig auf die praktischen Aspekte den Beitritts vorbereiten, Schritt für

Schritt an der Arbeit einer immer größeren Zahl von Bündnisstrukturen beteiligt, einschließlich des Nordatlantikrates mit seinen nachgeordneten Organen und der obersten Kommandobereiche der NATO. Auf diese Weise soll natürlich erreicht werden, daß die drei eingeladenen Staaten zum Zeitpunkt des Beitritts in der Lage sind, ihren vollen Beitrag zu leisten und auch die mit der Mitgliedschaft einhergehenden Rechte in vollem Umfang wahrzunehmen.

Was andere beitriftswillige Staaten betrifft, darunter einige unserer Nachbarn, die nicht schon bei der ersten Erweiterungsrunde zum Beitritt aufgefordert wurden, so hat Ungarn ganz deutlich zu verstehen gegeben, daß es dafür eintritt, die Option weiterer Erweiterungsrunden für diejenigen Staaten offenzuhalten, die unter Umständen in Zukunft willens und in der Lage sind, dem Bündnis beizutreten. Auch Bill Clinton erklärte während des Madrider Gipfeltreffens der NATO im vergangenen Jahr gegenüber den führenden Repräsentanten Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns: „Ob künftige Erweiterungsrunden möglich sind, wird in hohem Maße davon abhängig sein,

wie die erste Erweiterungsrunde verläuft. Gelingt es uns, dieses Bündnis nicht nur zu vergrößern, sondern unter Wahrung seines Zusammenhaltes auch zu verstärken, so werden wir eine solide Grundlage für weitere Erweiterungsrounden geschaffen haben.“

Wir sind uns voll und ganz unserer Verantwortung bewußt, aus dem Beitrittsprozeß einen uneingeschränkten Erfolg zu machen. Auf dem Weg zu diesem Ziel werden sowohl die zum Beitritt eingeladenen Staaten als auch die NATO die verschiedensten Erfahrungen mit den praktischen Aspekten der Integration sammeln sowie eine klarere Vorstellung von den erforderlichen Reformen entwickeln können. Zudem werden wir – und das ist besonders wichtig – andere Staaten, die dem Bündnis erst nach uns beitreten, von diesen wertvollen Erfahrungen gern profitieren lassen. Wir können zwar nicht garantieren, daß der Reform- und Beitrittsprozeß weniger schmerzhaft sein wird, aber für künftige Beitrittskandidaten kann es sicherlich nur von Vorteil sein, wenn sie aus unseren Erfahrungen lernen können und das Rad nicht noch einmal neu erfinden müssen.

## Rückblick auf die Anfänge

Ich kann mich noch gut an die Enttäuschung erinnern, die 1992 in Ungarn herrschte, als die Ankündigung einer baldigen Aufnahme der neuen Demokratien in die NATO ausblieb. Dies war für uns eine schmerzliche Erfahrung, weil wir schon so lange aus dieser „Familie“ ausgeschlossen gewesen waren. Im nachhinein verstehe ich die damalige Entscheidung besser: Anfang der 90er Jahre nahm die traditionelle Bedrohung rasch ab, und aus der Sicht des Bündnisses bestand kein unmittelbarer, dringender Grund für eine Erweiterung. Die NATO und Europa insgesamt waren noch nicht darauf vorbereitet, und Ungarn war zugegebenermaßen auch noch nicht soweit. Wir mußten noch eine solide Grundlage für unsere neuen demokratischen Einrichtungen und wirtschaftlichen und finanziellen Strukturen sowie für die Reform unserer Streitkräfte schaffen. Die Mitgliedschaft in der NATO stärkt diese Institutionen natürlich, aber man darf nie vergessen, daß jeder einzelne Mitgliedstaat mit dafür verantwortlich ist, auch die Stärke des Bündnisses insgesamt aufrechtzuerhalten. Das Bündnis darf im Zuge der Erweiterung nicht geschwächt oder in seinem Zusammenhalt gefährdet werden.

Der Prozeß der Aufnahme Ungarns in die NATO begann im Dezember 1991, als wir dem Nordatlantischen Kooperationsrat (NAKR) beitraten. Darauf folgte etwas mehr als zwei Jahre später die Partnerschaft für den Frieden, und ein weiterer Fortschritt war die Gründung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPR), der im Mai 1997 an die Stelle des NAKR trat. Diese Institutionen der Zusammenarbeit haben zum Aufbau einer umfassenderen atlantischen Staatenfamilie beigetragen und waren zugleich nützliche Instrumente zur Vorbereitung der Beitrittskandidaten auf die Mitgliedschaft im Bündnis. Ein NATO-Diplomat sagte einmal: „Am Ende werden Sie auf ganz

natürliche Weise in die NATO hineinwachsen“, und genau das geschieht jetzt.

Trotz seiner Defizite war der NAKR ein wichtiges Instrument, mit dessen Hilfe wir uns mit der Arbeitsweise der NATO vertraut machen konnten; wir gewannen dabei u.a. Einsicht in die Einzelheiten der transatlantischen Beziehungen, in den politischen Beschlußfassungsprozeß und in das Verhältnis zwischen den politischen und den militärischen Strukturen des Bündnisses. Frühzeitige, persönliche Kontakte zu Mitgliedern des Nordatlantikrates, des internationalen Stabes und der militärischen Ämter der NATO haben uns die Arbeit dieser Gremien besser verstehen lassen. All dies hat entscheidend dazu beigetragen, daß unsere Beziehungen auf der Arbeitsebene nun durch gegenseitiges Vertrauen gekennzeichnet sind.

Die Teilnahme am NAKR und an seinem Nachfolger, dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat, hat uns ebenfalls einen Einblick in Abläufe ermöglicht, die ich inzwischen regelmäßig erlebe: Wir haben gesehen, wie die NATO-Mitgliedstaaten gemeinsam auf einen Konsens hinarbeiten. Die gleichzeitige Wahrung des Zusammenhalts und der Effektivität erfordert eine sorgfältige Feinabstimmung zwischen nationalen Interessen und gemeinsamen Interessen des Bündnisses.

Was die Partnerschaft für den Frieden betrifft, so befürchteten wir zwar zunächst, sie könne den Erweiterungsprozeß zum Entgleisen bringen, aber Ungarn war trotzdem unter den ersten Staaten, die sich dem Programm der Partnerschaft anschlossen. Ein breites Spektrum politischer und militärischer Institutionen Ungarns hat inzwischen Verbindungen zur PfP, die sich als dauerhaftes Element der europäischen Sicherheitsarchitektur bewähren und durchsetzen konnte. Die PfP hat unseren Generalen, Offizieren und Unteroffizieren sowie zivilen Verteidigungsexperten die Möglichkeit geboten, sich durch praktische militärische Zusammenarbeit und gemeinsame Übungen mit dem

*Der scheidende ungarische Ministerpräsident Gyula Horn (links), als er seinen Nachfolger, Viktor Orban, dessen Partei aus den allgemeinen Wahlen vom Mai 1998 als Sieger hervorgegangen war, während der Gespräche über die Übergabe der Regierungsgeschäfte (23. Juni 1998) beglückwünscht. (Im Hintergrund: Der ungarische Präsident Arpad Gancz eröffnet die erste Sitzung des neuen Parlaments.) (Fotos: AP)*



Bündnis und seinen Arbeitsmethoden vertraut zu machen. Sie hat uns auch geholfen, besser zu verstehen, wie wir die ungarischen Streitkräfte in vollem Umfang auf eine demokratische zivile Kontrolle vorbereiten können.

Ich war schon immer der Überzeugung, daß der Erfolg der unter der Leitung der NATO durchgeführten Operationen in Bosnien und Herzegowina weitgehend der Partnerschaft für den Frieden zu verdanken ist. Ohne die im Rahmen der PFP gesammelten Erfahrungen wäre es weitaus schwieriger gewesen, einen derart umfassenden Zusammenschluß von Staaten zu erreichen. Das dazu erforderliche Vertrauen in die Fähigkeiten der jeweils anderen Staaten konnte schon vor dem NATO-Beschluß zur Aufstellung der IFOR-/SFOR-Truppen für Bosnien im Laufe zahlreicher Monate intensiver praktischer Zusammenarbeit aufgebaut werden.

## Militärische Zusammenarbeit und Streitkräftereform

Ich bin Feldwebel der Reserve und verfüge nur in begrenztem Maße über direkte militärische Erfahrungen. In den letzten fünf Jahren habe ich jedoch immer mehr Gefallen daran gefunden, mit den führenden Militärs des Bündnisses wie auch mit ungarischen Kommandeuren zusammenzuarbeiten. Von 1993 bis 1998 hat Ungarn eine schmerzhaft Reform seiner Streitkräfte durchgeführt. Ende 1997 hatten wir quantitativ gesehen die erste Phase unseres Reformprozesses abgeschlossen und den Umfang der ungarischen Streitkräfte von 160 000 auf nahezu 55 000 Mann verringert. Zudem haben wir die Kommandostruktur erneuert und gestrafft, um ihre Effektivität und ihre Kompatibilität mit den Strukturen der NATO-Staaten zu erhöhen.

Die zweite Phase, die Ende 1997 eingeleitet wurde, zielt auf qualitative Veränderungen ab. Sie umfaßt eine vollständige Überprüfung unserer Verteidigungsstrategie und die technische Modernisierung unserer Streitkräfte. Dank der Festlegung sogenannter „Streitkräfteziel-Vorgaben“ (Target Force Goals) geschieht dies so, daß die uneingeschränkte Vereinbarkeit mit dem Verteidigungsplanungsprozeß der NATO gewährleistet ist.

Der Frage der Interoperabilität räumen wir einen hohen Stellenwert ein, und in dieser Hinsicht hat uns die Teilnahme an der IFOR- und der SFOR-Mission äußerst wertvolle Erfahrungen ermöglicht. Zu den grundlegendsten Erfordernissen der Interoperabilität zählt jedoch die Beherrschung einer der beiden Amtssprachen des Bündnisses – des Englischen oder des Französischen –, und dies zu erreichen, wird bei der Mehrheit unserer Streitkräfteangehörigen keine leichte Aufgabe sein. In ihrer Gesamtheit bilden die genannten Ziele eine gewaltige Herausforderung, mit deren Bewältigung wir auch noch lange nach unserem Beitritt beschäftigt sein werden.

Eine meiner persönlichen Erfahrungen, der besondere Bedeutung zukommt, bezieht sich auf die Wehrbeschaffung.

Die Effektivität der Streitkräfte ist von der geeigneten Ausrüstung abhängig, gleichviel ob es sich um künftige Operationen im Rahmen des Artikels 5 (kollektive Verteidigung) oder um andere Operationen (Friedensmissionen) handelt. Angesichts knapper Ressourcen kommt es jedoch darauf an, daß ausschließlich die jeweils richtige Ausrüstung entsprechend der richtigen Rangfolge beschafft wird. Hier waren für uns die Beratung und Unterstützung seitens der NATO in bezug auf Wehrbeschaffungsverfahren von unschätzbarem Wert. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, daß wir während des gesamten ungarischen Beitrittsprozesses niemals von der NATO in Fragen der Wehrbeschaffung unter Druck gesetzt worden sind. Ganz im Gegenteil, die NATO gibt die Parole aus, daß der Kauf neuer Ausrüstung nach Strukturreformen und Ausbildungsmaßnahmen erst an zweiter Stelle stehen sollte. Ungarn ist also keinesfalls irgendwelchen Geschäftemachern ausgeliefert.

## Der fahrende NATO-Zug

Die Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft läßt sich mit dem Versuch vergleichen, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen. Wir haben zwar unsere eigenen Reformen eingeleitet, aber zugleich gehen die Veränderungen im Bündnis immer weiter. So ist der Reform-, Modernisierungs- und Anpassungsprozeß in Ungarn ein dynamischer Prozeß, der nie aufhören wird, auch nicht nach unserem Beitritt zur NATO.

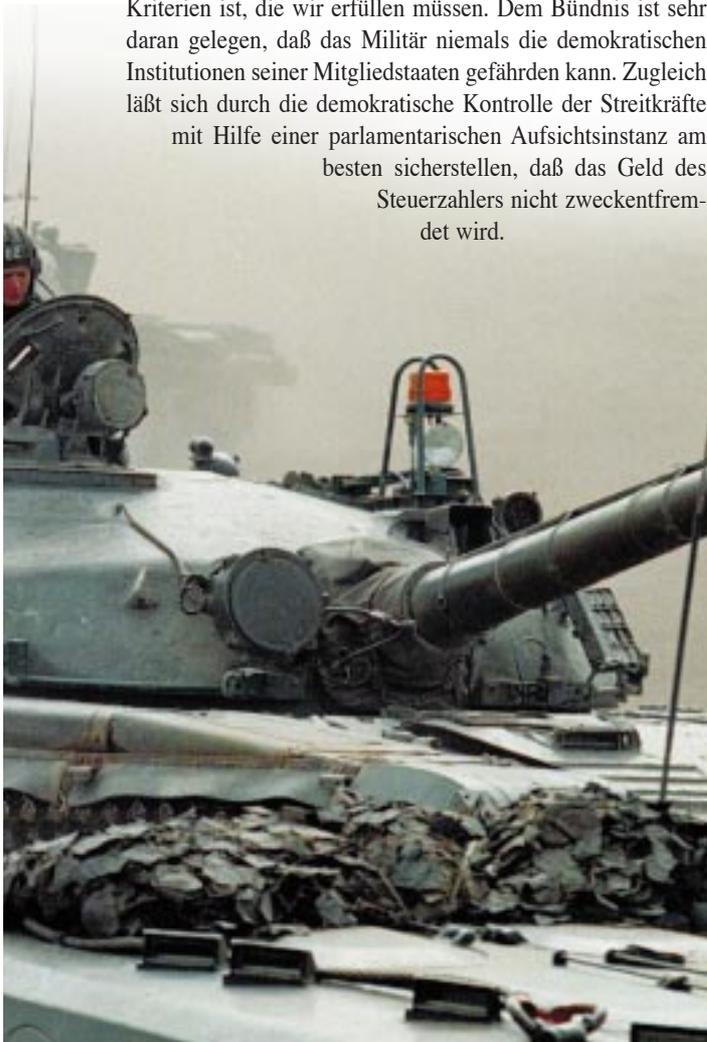


Ungarische Panzer vom Typ T-72 im März 1998 während eines Manövers in Tata, Ungarn.  
(Foto: Reuters)

Eines der wesentlichen Aufnahmekriterien, auf dessen Erfüllung Ungarn in den letzten Jahren zielstrebig hingearbeitet hat, besteht in gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu den jeweils angrenzenden Staaten. So hat Ungarn seine historisch gewachsenen Verbindungen zu den meisten seiner Nachbarn in Ordnung gebracht. Dies liegt im Interesse der betreffenden Staaten und Völker, im Interesse unserer Region und auch im Interesse Europas insgesamt.

Gutnachbarschaftliche Beziehungen sollten jedoch nicht angestrebt werden, weil die NATO oder die Europäische Union dies so wollen; sie müssen gestärkt werden, weil sie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich staatliche Gemeinwesen entwickeln und Frieden und Stabilität in Europa gewährleistet werden können.

Ein weiteres zentrales Element des ungarischen Anpassungsprozesses besteht in den energischen Bemühungen um die Einführung einer uneingeschränkt demokratischen Kontrolle der Streitkräfte durch zivile Stellen. Von den ersten Kontakten Ungarns zur NATO bis hin zu dem Prozeß, der schließlich zum Beitrittsangebot führte, war die Einführung einer demokratischen Kontrolle der Streitkräfte ein wichtiger Faktor unserer Zusammenarbeit. Die NATO hat gelegentlich in freundlichem Ton, manchmal aber auch mit schärferen Worten deutlich gemacht, daß dies eines der wichtigsten Kriterien ist, die wir erfüllen müssen. Dem Bündnis ist sehr daran gelegen, daß das Militär niemals die demokratischen Institutionen seiner Mitgliedstaaten gefährden kann. Zugleich läßt sich durch die demokratische Kontrolle der Streitkräfte mit Hilfe einer parlamentarischen Aufsichtsinstanz am besten sicherstellen, daß das Geld des Steuerzahlers nicht zweckentfremdet wird.



Die Einführung einer uneingeschränkt demokratischen Kontrolle durch zivile Stellen ist ein langwieriger Vorgang; so etwas läßt sich nicht über Nacht erreichen. Es geht auch nicht einfach darum, bestimmte Strukturen zu errichten. Durch unsere Zusammenarbeit mit dem Bündnis haben wir gelernt, daß der zivile und der militärische Sektor Hand in Hand arbeiten müssen und daß die führenden Politiker, wie sie im Nordatlantikrat vertreten sind, das letzte Wort haben. Die militärischen Stellen können beraten, aber sie müssen letztlich die Entscheidung der Politiker akzeptieren.

Gelegentlich haben wir uns während der Vorbereitungen auf die Mitgliedschaft wohlgemeint, aber harsche Worte des Bündnisses anhören müssen, und unsere Gespräche sind auch nicht immer völlig sachlich geführt worden. Die Ergebnisse sind jedoch eindeutig positiv. Wir haben inzwischen auch gelernt, daß wir uns immer um ungarische Lösungsansätze bemühen müssen, die unseren Traditionen, Vorstellungen und Interessen Rechnung tragen. Allgemein gesagt bedeutet dies, daß blindes Nachahmen nicht gefragt ist. Ein Lösungsansatz muß nicht in jeder Hinsicht mit den Vorstellungen des Bündnisses übereinstimmen, sondern es kommt auf die zugrundeliegenden Prinzipien an. Es gibt eben nicht nur eine einzige Lösung, sondern viele nützliche Modelle, von denen wir lernen können.

## Auf der Zielgeraden

Die ersten sechs Monate unseres „Sonderstatus“ waren durch eine sehr steil ansteigende Lernkurve gekennzeichnet. Wir haben in der NATO-Zentrale eine vollständige, integrierte Vertretung eingerichtet und bemühen uns nach besten Kräften, die sich in rascher Abfolge bietenden Chancen auch tatsächlich zu nutzen. Zu den Lehren, die wir schon jetzt aus unseren Erfahrungen ziehen können, zählt folgendes: Qualität vor Quantität, Genauigkeit vor Geschwindigkeit. Meine eigene Einarbeitung in den Alltag des Bündnisses und die meiner Kollegen ist eine fortwährende, große Herausforderung. Wir werden aber weder uns selbst überlassen noch wie kleine Kinder behandelt.

Wir haben gelernt, daß man die richtige politische, militärische, kulturelle und menschliche Einstellung haben muß. Wir brauchen auch die richtigen Strukturen mit den richtigen Leuten. Sie müssen Fachleute sein und die richtige Weltanschauung haben, sie müssen sich mit der richtigen Grundeinstellung in einer der beiden NATO-Amtssprachen verständlich machen können, und schließlich müssen sie dazu bereit sein, an die NATO und an sich selbst immer neue, immer höhere Anforderungen zu stellen.

Der Reformprozeß ist langwierig und noch lange nicht abgeschlossen. Mit einer ausgewogenen Mischung aus Stabilität und Wandel, Beharrungsvermögen und Flexibilität wird mein Land jedoch zweifellos einen echten Beitrag zur neuen NATO leisten. Auf dieser Grundlage wollen wir unsere Vorbereitung auf die Vollmitgliedschaft in den nächsten Monaten fortsetzen. ◆

# Ein euro-atlantisches Dispositiv für Katastrophenhilfe

*Francesco Palmeri,*

*Leiter des NATO-Direktorates für zivile Notfallplanung und Vorsitzender des Oberausschusses für zivile Notfallplanung*



*Laut Dr. Francesco Palmeri bedeutet die Einrichtung des neuen Euro-Atlantischen Koordinierungszentrums für Katastrophenhilfe, das im Juni 1998 in Brüssel seine Arbeit aufnahm, eine wahrhaft „kopernikanische Wende“. Dieses neue Zentrum, das auf Erfahrungen aus der fast fünfzigjährigen Arbeit der NATO im Bereich der zivilen Notfallplanung sowie auf einem bewährten Kooperationsprogramm mit nicht der NATO angehörenden Partnerstaaten aufbauen kann, ist ein gutes Beispiel für die weitreichenden Veränderungen, die sich im Bündnis vollziehen. Als Innovation, welche die Fähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft, bei schweren Katastrophen geeignete Hilfsmaßnahmen zu treffen, deutlich verbessert, ist diese Einrichtung auch Ausdruck dafür, daß sich der Schwerpunkt der NATO-Arbeit auf nichtmilitärische Aspekte der Sicherheit verlagert.*

Die lange Liste der NATO-Akronyme ist durch die Aufnahme des „EADRCC“ nur noch ein bißchen länger geworden. Diese wenig eingängige Abkürzung ist jedoch praktisch der einzige Aspekt des neuen Euro-Atlantischen Koordinierungszentrums für Katastrophenhilfe (*Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre*), der noch an die frühere NATO erinnert. Es handelt sich nämlich um eine völlig neue Konzeption, mit deren Hilfe die Kooperationsmechanismen der NATO und ihre langjährige Erfahrung auf dem Gebiet der zivilen Notfallplanung praktische Anwendung finden.

Das euro-atlantische Dispositiv für Katastrophenhilfe wird die Fähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft verbessern, schweren Katastrophen überall im großen euro-atlantischen Raum, d.h. von Vancouver in Kanada bis zur russischen Insel Sachalin, mit geeigneten Maßnahmen entgegenzutreten. Diese Region, die sechs der sieben Staaten mit dem höchsten Industrialisierungsgrad der Welt umfaßt, ist am meisten durch schwere Naturkatastrophen und ernste technische Störfälle bedroht, verfügt aber auch über die besten Möglichkeiten zu Gegenmaßnahmen.

Obwohl Staaten, die von Katastrophen heimgesucht werden, die ihre eigenen Möglichkeiten übersteigen, letztlich die Nutznießer dieser internationalen Zusammenarbeit sein werden, ist das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Hilfsmaßnahmen – die führende internationale Einrichtung auf diesem Gebiet – der Hauptempfänger der Hilfsbeiträge, die dieser neue Mechanismus ermöglicht. Das EADRCC hat die Aufgabe, die Katastrophen-dispositiv der 44 Mitgliedstaaten des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPR) so zu koordinieren, daß diese Staaten den Vereinten Nationen eine rasche und wirksame Katastrophenhilfe anbieten können. Das neue Koordinierungszentrum schafft somit die institutionelle Grundlage für die dritte Verbindung zwischen der NATO und den Vereinten Nationen, die zu den beiden bisherigen Verbindungen für die politische Ebene und den Sicherheitsbereich noch hinzukommt.

Das EADRCC baut auf der nahezu fünfzigjährigen Erfahrung der NATO mit der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Notfallplanung auf und

stützt sich also auch auf ein Netz ziviler Experten, die routinemäßig zusammenarbeiten, auf standardisierte Pläne, Verfahren, Dienste und Geräte mit der nötigen Interoperabilität, auf die Zusammenarbeit, die Kommunikationskanäle usw. zwischen dem zivilen und dem militärischen Sektor sowie auf die soliden kooperativen Beziehungen zwischen der NATO und ihren mittel- und osteuropäischen Partnerstaaten im Rahmen des PfP-Programms für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Notfallplanung.<sup>1)</sup>

Die Anfänge dieser innovativen Einrichtung lassen sich jedoch auf das Jahr 1992 zurückverfolgen, also auf eine Zeit vor der Einleitung der PfP selbst, als der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner weitsichtig genug war, um in der Brüsseler NATO-Zentrale eine Innovationskonferenz zur Frage der internationalen Katastrophenhilfe auszurichten. Diese Konferenz, die von den Vereinten Nationen und dem Internationalen Roten Kreuz organisiert wurde und an der mehr als 40 Staaten sowie 20 internationale Organisationen teilnahmen, legte den Grundstein für ein Projekt, in dessen Rahmen militärische Güter zur Bewältigung ziviler Katastrophen zur Verfügung gestellt werden. Dieses Projekt (*Military Civil Defence Assets – MCDA*) bietet einen Mechanismus für die systematische Erfassung ziviler und militärischer Güter, die im Fall einer Katastrophe zur Verfügung stehen, und legt zugleich Regelungen fest, welche die praktische Durchführbarkeit dieser neuen Form der internationalen Zusammenarbeit sicherstellen sollen.

Der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner, der den zivilen Aktivitäten des Bündnisses auch schon während des Kalten Krieges besondere Bedeutung beimaß, hatte erkannt, daß diese besondere Dimension der NATO-Arbeit für den Dialog und die Zusammenarbeit sowie für vertrauensbildende Maßnahmen ehemaliger Gegner das günstigste Umfeld bieten würde. Zudem ergab sich hier eine Gelegenheit, der nach dem Ende des Kalten Krieges weitverbreiteten Erwartung gerecht zu werden, daß Verteidigungsressourcen nun für zivile Zwecke frei würden. Es ist also kein Zufall, daß das Gebäude, in dem sich das EADRCC befindet – ein Nebengebäude der jetzigen Brüsseler NATO-Zentrale –, nach Manfred Wörner benannt worden ist.

1)

Mehr dazu  
s. Francesco Palmeri,  
„Zivilverteidigungs-  
planung: Eine wertvolle  
Form der  
Zusammenarbeit beendet  
ihr Schattendasein“,  
NATO BRIEF 2/1996,  
S. 29-33.

1953 konzipierte das Bündnis bereits seinen ersten Mechanismus für die gegenseitige Unterstützung der NATO-Mitglieder im Fall einer besonders schweren Katastrophe. Nachdem 1994 die Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten im Bereich der zivilen Notfallplanung eingeleitet worden war, faßte das Bündnis dann schon im Mai 1995 den Beschluß, auf die Partnerstaaten die gleichen Bestimmungen über gegenseitige Hilfsmaßnahmen anzuwenden wie auf die Bündnismitglieder selbst. Diese Bestimmungen sind seit diesem Beschluß bereits in mehreren Fällen angewendet worden, z.B. noch im gleichen Jahr in der Ukraine und auch während der schweren Überschwemmungen, von denen Mitteleuropa im Sommer 1997 heimgesucht wurde.

Auf der Grundlage praktischer Erfahrungen und im Einklang mit den Beschlüssen, die von den Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten im Juli 1997 in Madrid zum weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten gefaßt worden sind, schlug der Oberausschuß für zivile Notfallplanung in der EAPR-Zusammensetzung (d.h. unter Einbeziehung der Kooperationspartner) vor, die bisherigen Strategien der Katastrophenhilfe zu verbessern und aufzuwerten. Gestützt auf einen weitreichenden Vorschlag, der im April 1997 in Moskau auf der allerersten Tagung dieses Ausschusses in einem PfP-Staat von Rußland unterbreitet wurde, konzipierte man einen neuen Mechanismus, der letztlich zur Einrichtung des EADRCC führte.

## Steigerung der Effektivität

Das Ziel, die Effektivität der internationalen Katastrophenhilfe zu steigern, wird von den Vereinten Nationen, den wichtigsten Beitragszahlern und den einschlägigen nicht-staatlichen Organisationen in vollem Umfang unterstützt. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe muß man sich zunächst einmal klarmachen, daß die von den Vereinten Nationen einzusetzenden Ressourcen immer bestimmten Staaten gehören. Angesichts begrenzter Mittel besteht die einzige Möglichkeit zur Steigerung der Effektivität internationaler Hilfsmaßnahmen folglich darin,

- a) den Prozeß der Bereitstellung von Hilfe zu beschleunigen,
- b) jede Überschneidung von Arbeitsbereichen zu vermeiden und
- c) jede Verschwendung von Mitteln zu verhindern.

Da sich die Vereinten Nationen zudem selbst regelmäßig eine Verbesserung der internationalen Katastrophenhilfe zum Ziel setzen, sollten Initiativen mit der gleichen Zielsetzung

- a) keinesfalls im Widerspruch zu den neuen Regelungen (d.h. zum MODA-Projekt) stehen, die derzeit von den Vereinten Nationen erarbeitet werden;
- b) für die Vereinten Nationen unbedingt zu einem „Mehrwert“ führen.

Vor diesem Hintergrund faßten die Außenminister der EAPR-Staaten im Dezember 1997 den Beschluß, ein euroatlantisches Dispositiv für Katastrophenhilfe zu schaffen. Der Oberausschuß für zivile Notfallplanung in der EAPR-Zusammensetzung wurde beauftragt, einen detaillierten Bericht mit politischen Leitlinien und Verfahren zu erarbeiten, mit dessen Hilfe dieser politische Beschluß in die Praxis umgesetzt werden könne. Der Bericht mit dem Titel „Erweiterte praktische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Katastrophenhilfe“ soll dem EADRCC als Verfahrensordnung dienen. Die informelle Beteiligung des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Hilfsmaßnahmen an der Formulierung dieses Berichtes hat dazu beigetragen, daß alle Befürchtungen ausgeräumt werden konnten, denen zufolge diese Initiative auf die eine oder andere Weise im Widerspruch zum Mandat anderer internationaler Organisationen stünde, die wie dieses Büro der Vereinten Nationen speziell für das Gebiet der internationalen Katastrophenhilfe gegründet wurden, und so



Der Beigeordnete NATO-Generalsekretär für Infrastruktur, Logistik und zivile Notfallplanung, Herpert von Forest (links), der russische NATO-Botschafter Sergej Kissljak (Mitte) und NATO-Generalsekretär Javier Solana am 3. Juni 1998 während der Feierlichkeiten anläßlich der Eröffnung des EADRCC.

ließ sich unter den 44 EAPR-Staaten leichter ein Konsens erzielen.

Das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Hilfsmaßnahmen unterbreitete seinerseits während eines im April 1997 in der Schweiz veranstalteten PfP-Seminars folgende Empfehlungen, die sich auf eine eingehende Analyse der in Europa und den neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion festzustellenden Tendenzen und Probleme im Bereich der Katastrophenhilfe stützen.

„Die internationale Gemeinschaft der Katastrophenhilfe leistenden Staaten muß alles in ihren Kräften Stehende tun, um

- Investitionen zur Verbesserung der Fähigkeit, Katastrophenhilfe zu leisten, zu koordinieren;
- die Koordinierungs- und Mobilisierungsverfahren zu verbessern;
- die Kommunikation innerhalb der regionalen Netze zur Koordinierung der Katastrophenhilfe zu verbessern;
- gezielte Projekte zur systematischen Verbesserung der Verfahren zur Gewährung von Hilfe zu erarbeiten;
- gemeinsam zu gewährleisten, daß die zur Bewältigung dieser Aufgabe erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden.“



Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, und NATO-Generalsekretär Javier Solana am 15. Juni 1998 in Rom während ihrer Gespräche über die Lage im ehemaligen Jugoslawien.  
(Foto: Belga)

Genau darauf war das PfP-Programm zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Notfallplanung von Anfang an ausgerichtet, und mit dem neuen euro-atlantischen Dispositiv für Katastrophenhilfe werden auch genau diese Ziele verfolgt. Die höhere Effektivität der Hilfsmaßnahmen im euro-atlantischen Raum wird jedoch auch den Vereinten Nationen zugute kommen, da dadurch mehr Ressourcen für andere Regionen der Welt frei werden.

## Die Struktur des euro-atlantischen Dispositives für Katastrophenhilfe

Das neue Dispositiv für Katastrophenhilfe besteht im wesentlichen aus zwei Elementen:

- aus einer euro-atlantischen Einheit für Katastrophenhilfe (Euro-Atlantic Disaster Relief Unit – EADRU), einem nichtständigen Zusammenschluß nationaler Einrichtungen für die Bereiche Rettungswesen, medizinische Versorgung, Transport und sonstige Aufgabengebiete, deren Mitarbeiter von den EAPR-Staaten freiwillig zur Verfügung gestellt werden. Diese Einheit kann auf Ersuchen des jeweils betroffenen EAPR-Staates in das Katastrophengebiet entsandt werden. EAPR-Staaten, die einen Beitrag zu dieser Einheit leisten, entscheiden jeweils über den Einsatz ihrer Ressourcen und tragen die entstehenden Kosten selbst;

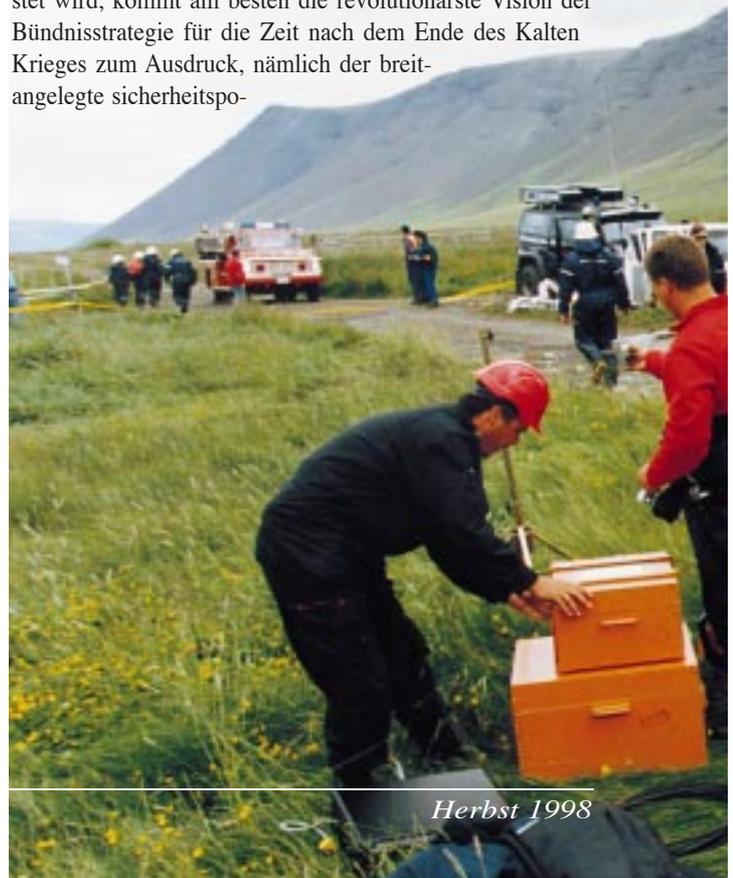
- aus einem Euro-Atlantischen Koordinierungszentrum für Katastrophenhilfe (dem EADRCC) in der NATO-Zentrale, das sich aus Bediensteten des internationalen Stabes der NATO und aus einer begrenzten Anzahl von Mitarbeitern aus NATO-Mitgliedstaaten und Partnerstaaten zusammensetzt. Im Fall einer Katastrophe kann das EADRCC den Kern einer Hilfsgruppe bilden, die in enger Zusammenarbeit mit der zuständigen örtlichen Dienststelle des betroffenen Landes und dem dort vertretenen Koordinator der Vereinten Nationen ermittelt, welche Art der internationalen Katastrophenhilfe erforderlich ist.

Das EADRCC koordiniert die internationalen Hilfsangebote der EAPR-Staaten mit den Bemühungen der Vereinten Nationen. Als Vorbereitung für einen Katastrophenhilfeeinsatz erarbeitet das Zentrum geeignete Pläne und Verfahren für die EADRU und trägt dabei nationalen Risikoeinschätzungen, den bestehenden zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften wie auch den verschiedenen Dispositiven der Katastrophenhilfe Rechnung. Darüber hinaus führt das Zentrum eine Liste der verfügbaren nationalen zivilen und militärischen Ressourcen und fördert durch gemeinsame Ausbildungs- und Übungsprogramme die Interoperabilität.

Das Rahmenkonzept für diese Einrichtung ist so entwickelt worden, daß es die Entscheidungsbefugnis bei den einzelnen Staaten beläßt, während es den beteiligten NATO-Mitgliedern und Partnerstaaten gleichzeitig eine EAPR-Rahmenstruktur bietet.

## Eine kopernikanische Wende

In der institutionalisierten Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf dem Gebiet der internationalen Katastrophenhilfe, wie sie durch das EADRCC gewährleistet wird, kommt am besten die revolutionärste Vision der Bündnisstrategie für die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges zum Ausdruck, nämlich der breit-angelegte sicherheitspo-



litische Ansatz, der im Mittelpunkt des Strategischen Konzeptes des Bündnisses von 1991 steht. Durch diesen Ansatz, der nach der derzeitigen Überprüfung und Aktualisierung des 1991 verabschiedeten Strategischen Konzeptes wahrscheinlich bestätigt und möglicherweise noch verstärkt wird, verlagert sich der Schwerpunkt der NATO-Aktivitäten von militärischen Mitteln auf politische Mittel, während zugleich als Reaktion auf die neuen Risiken des veränderten Sicherheitsumfelds eine Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten der NATO angestrebt wird. Insbesondere gilt, „daß die Möglichkeiten zur Erfüllung der Zielsetzungen des Bündnisses mit politischen Mitteln aufgrund der radikalen Änderungen der sicherheitspolitischen Lage heute größer sind als je zuvor. Jetzt können alle Konsequenzen aus der Tatsache gezogen werden, daß Sicherheit und Stabilität sowohl politische, wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Elemente als auch die unverzichtbare Verteidigungsdimension einschließen.“<sup>2)</sup> Diese kopernikanische Wende im Strategischen Konzept der NATO, in dem die Verteidigungsdimension der Sicherheit erst nach der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Dimension genannt wird, läßt unweigerlich den einen Bereich der NATO-Aktivitäten in den Vordergrund treten, der alle diese Dimensionen einschließt, nämlich die zivile Notfallplanung. Der außerordentliche Erfolg des Kooperationsprogramms für das Gebiet der zivilen Notfallplanung sollte wirklich als schlagender Beweis für den weitsichtigen Charakter dieses breitangelegten sicherheitspolitischen Ansatzes betrachtet werden.

## Worum geht es?

Es war also keine Überraschung, daß die Außenminister der EAPR-Staaten mit Rückendeckung durch die Vereinten Nationen am 29. Mai 1998 auf ihrer Tagung in Luxemburg die Einrichtung des EADRCC mit größtem Nachdruck befürworteten. Fünf Tage später weihte NATO-Generalsekretär Javier Solana im Beisein der Botschafter der EAPR-Staaten in der NATO-Zentrale das Euro-Atlantische Koordinierungszentrum für Katastrophenhilfe ein. Noch am Tag der Einweihung führte die Welle der Flüchtlinge, die vor der Krise im Kosovo flohen, zur sofortigen Aufnahme der Arbeit in der völlig neuen Struktur. Ende Juni 1998 hatte das EADRCC bereits 16 Flüge organisiert, mit denen 165 Tonnen dringend benötigter Hilfsgüter zur Unterstützung des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, der federführenden Organisation für die Flüchtlingshilfe, in das benachbarte Albanien transportiert werden konnten.

Es versteht sich von selbst, daß dies nicht nur auf den wohlgemeinten Wunsch zurückzuführen ist, die internationale Katastrophenhilfe zu verbessern. Hier geht es vor allem um das Ziel, Stabilität, Sicherheit und Frieden im euro-atlantischen Raum zu fördern, also um das übergeordnete Ziel der Partnerschaft für den Frieden.

Vielleicht läßt sich der Auftrag des EADRCC am besten mit

*Estnische und isländische Such- und Rettungseinheiten während der PFP-Katastrophenhilfeübung „Cooperative Safeguard 97“ in Island.*



2)  
Siehe Nummer 25 des Strategischen Konzeptes von 1991, NATO BRIEF 6/1991, S. 27 oder World Wide Web (<http://www.nato.int/>).

Das EADRCC organisierte den Einsatz dieses norwegischen C-130-Transportflugzeugs, das die vom Amt des Hohen Flüchtlingskommissars dringend benötigten Hilfsgüter transportierte, die für Kosovo-Flüchtlinge bestimmt waren. (Foto: Belga)

den beredten Worten Andrej Piontkowskis, des Leiters des Moskauer Instituts für strategische Studien, zusammenfassen; noch während der Gespräche zwischen der NATO und Rußland über die Schaffung eines euro-atlantischen Dispositives für Katastrophenhilfe brachte er folgendes zu Papier: „Seit der Wiedervereinigung Deutschlands sind nun sieben Jahre vergangen. In all diesen Jahren stand zwischen Ossis und Wessis eine Wand der Bitterkeit und des Mißmuts, die sich nicht so leicht niederreißen ließ wie die

Berliner Mauer. Erst eine verheerende Überschwemmung ließ Ossis und Wessis endlich verstehen, daß sie wirklich alle Deutsche sind. Vielleicht werden wir nach einem künftigen gemeinsamen Katastrophenhilfeeinsatz auch zu der Einsicht gelangen, daß wir alle Menschen sind.“ ♦



3)

Andrej Piontkowski, „NATO needs a human face“, Moscow Times, 29. August 1997.



## Krisenbewältigungsaktivitäten im Rahmen der PfP: Verbesserung der Fähigkeiten und der Zusammenarbeit

**John Kriendler,**

*Leiter des NATO-Fachreferates für Operationen des Rates,  
Direktorat für Krisenbewältigung und Operationen*

*In der Zunahme der Beteiligung von Partnerstaaten an Krisenbewältigungsoperationen der NATO kommt zum Ausdruck, welch große Bedeutung der Krisenbewältigung innerhalb des Bündnisses zukommt und in welchem hohem Maße die Partnerschaftsaktivitäten mit Nichtmitgliedstaaten der NATO ausgebaut werden. Ein Beispiel dafür ist die Übung CMX 98, durch die laut dem Verfasser des folgenden Beitrags die Einbindung der Partnerstaaten in Krisenbewältigungsaktivitäten einen gewaltigen Schritt nach vorn machte. Die sich daraus sowohl bezüglich der Fähigkeiten als auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit ergebenden Verbesserungen sind für das Bündnis wie auch für die Partnerstaaten gleichermaßen von Vorteil.*

**D**onnerstag, der 12. Februar 1998, war für die NATO ein Tag mit mehr Komplikationen, als sie normalerweise zu bewältigen hat: Die Gefechtsfeldaufklärungsgruppe geriet in Schwierigkeiten; der Nachrichtendienst meldete die Enttarnung von Chemiewaffenexperten des „LD“-Heeres in den Streitkräften des „Freiheitsstaates“; Marineeinheiten der NATO verfolgten Handelsschiffe, U-Boote und Fregatten aus „WT“, die im Verdacht standen, Mehrfachraketenwerfersysteme in den Ostatlantik zu transportieren, und die Stadt „Chop“ fing nach einem Erdbeben der Stärke 7 auf der Richterskala gerade mit den Aufräumarbeiten an.

Diese Fragen standen im Mittelpunkt intensiver Beratungen und Konsultationen zwischen den NATO-Mitgliedern und den PfP-Partnerstaaten, die im Rahmen der jährlich auf NATO-Ebene stattfindenden Krisenbewältigungsübungen (Crisis Management Exercise – CMX) in der Brüsseler NATO-Zentrale an der Übung CMX 98 teilnahmen. Glücklicherweise waren die genannten Entwicklungen nur fiktive Bedrohungen, die keine reale Gefahr für

die Sicherheit der NATO-Mitglieder und ihrer Partnerstaaten darstellten. Die Organisationsstrukturen, Verfahren, Konsultationsmechanismen und Kommunikationssysteme, die zur Bewältigung dieser simulierten Krisen eingesetzt wurden, waren jedoch ebenso real wie die Vorteile für die NATO-Mitglieder und die an der Übung beteiligten Partnerstaaten.

Wie andere jährlich stattfindende Übungen war auch CMX 98 darauf ausgerichtet, die Krisenbewältigungsverfahren, -maßnahmen und -regelungen der NATO, einschließlich der Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich, zu erproben und so die Fähigkeit des Bündnisses zur Bewältigung von Krisen aufrechtzuerhalten und sogar noch zu verbessern. Ein weiteres entscheidendes Ziel bestand darin, die Zusammenarbeit mit daran interessierten PfP-Partnerstaaten auszubauen, indem man sie in die Verfahren für die Organisation einer auf einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen beruhenden Friedensoperation unter der Leitung der NATO einbezog. Vor einer Prüfung der

positiven Ergebnisse der CMX 98 ist diese Übung jedoch in den richtigen Zusammenhang einzuordnen.

## Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Krisenbewältigung

Für die Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Krisen gibt es eine klare Begründung und ein eindeutiges Mandat. Im Washingtoner Vertrag kommt der Krisenbewältigungsauftrag des Bündnisses darin zum Ausdruck, daß es zu den Schwerpunkten des Vertrages zählt, Stabilität und Wohlstand zu fördern sowie Freiheit, Frieden und Sicherheit zu wahren. Die Bewältigung von Krisen zählt zwar seit jeher zu den Aufgaben der NATO, aber die Art der Krisen, mit der sie konfrontiert ist, und die Instrumente, die ihr zur Krisenbewältigung zur Verfügung stehen, haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges tiefgreifend verändert. Das Strategische Konzept des Bündnisses (1991) spiegelte diese Veränderungen wider, indem es die damalige Bündnisstrategie mit den Schwerpunkten Verteidigung und Abschreckung um den Schwerpunkt der Krisenbewältigung auf der Grundlage dreier sich gegenseitig verstärkender Elemente erweiterte: Dialog, Zusammenarbeit und die Aufrechterhaltung der Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung. Die Bündnisstaaten haben sich zudem im Einklang mit den Prinzipien der Charta von Paris, die 1991 im Rahmen der KSZE vereinbart wurde, zur Zusammenarbeit mit allen Staaten Europas verpflichtet.

Darüber hinaus haben sich die Partnerstaaten des Nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR) sowie später der PfP und des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates (EAPR) praktisch seit Beginn des Öffnungs- und Kooperationsprogramms der NATO auf die Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Krisen konzentriert. Die Partnerstaaten sahen in der Verbesserung der Krisenbewältigungsfähigkeiten und der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus dem neuen Sicherheitsumfeld ergeben hatten. Zudem verliehen die bedeutenden Beiträge der Partnerstaaten zur IFOR- und zur SFOR-Mission in Bosnien und Herzegowina, einschließlich der politischen Unterstützung sowie der Bereitstellung von Truppen und von Einrichtungen des jeweiligen Aufnahmestaates, wie auch der Erfolg dieser Operationen den Krisenbewältigungsaktivitäten im Rahmen der PfP weitere Impulse. Die Bedeutung, die diesem kooperativen Ansatz bei der Bewältigung von Krisen zukommt, wird durch die ausdrücklichen Bezugnahmen des EAPR-Aktionsplanes, der Grundakte NATO-Rußland und der Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine noch stärker hervorgehoben.<sup>1)</sup>

## Krisenbewältigungsaktivitäten im Rahmen der PfP

Was das PfP-Arbeitsprogramm betrifft, so bot es eine Antwort auf das Interesse an Maßnahmen der Krisenbewältigung, indem es die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet und die Verbesserung der Fähigkeiten zur Bewältigung von Krisen unter demokratischer

Kontrolle als Ziele fest schrieb. Zur Erreichung dieser Ziele entwickelten die NATO-Mitglieder und ihre Partnerstaaten eine Vielfalt von Aktivitäten; dazu zählen Krisenbewältigungsübungen mit Partnerstaaten, die Einbeziehung der Partnerstaaten in Krisenbewältigungsübungen der NATO (z.B. CMX 98), Treffen des Ausschusses für Ratsoperationen und -übungen (Council Operations and Exercise Committee – COEC) mit den Partnerstaaten, Expertenbesuche in Partnerstaaten, Informationsveranstaltungen in der NATO-Zentrale, Besuche im NATO-Lagezentrum und die Unterstützung der von Partnerstaaten organisierten Übungen und Seminare zu Fragen der Krisenbewältigung. Zudem wird von SHAPE die Übung „Cooperative Aura“ veranstaltet, eine jährlich stattfindende Verfahrensübung, die Partnerstaaten auf die Teilnahme an CMX vorbereiten soll. Darüber hinaus bietet die NATO-Akademie (SHAPE) den Partnerstaaten eine Reihe von Spezialkursen zu Fragen der Krisenbewältigung an und veranstaltet auch im Rahmen anderer PfP-Lehrgänge eingehende Informationsveranstaltungen zu diesem Thema.

Zu den in letzter Zeit eingeleiteten neuen Aktivitäten zählt der Austausch von Informationen über nationale Organisationsstrukturen und Verfahren der Krisenbewältigung auf Treffen des COEC (des Ausschusses, der für die Krisenbewältigungsstrukturen, -verfahren, -maßnahmen und -übungen des Bündnisses zuständig ist), wenn dieser auf EAPR-Ebene unter Beteiligung der NATO-Mitglieder und der Partnerstaaten zusammentritt.

Wir sind zudem bestrebt, die Zusammenarbeit bei Maßnahmen der Krisenbewältigung sowie die Fähigkeiten auf diesem Gebiet auch dadurch zu verbessern, daß wir den Partnerstaaten eine Reihe allgemeiner Dokumente über Fragen der Krisenbewältigung zur Verfügung stellen, u.a. das Handbuch zur Krisenbewältigung („Generic Crisis Management Handbook“), die Übersicht über vorbeugende Maßnahmen („Generic Inventory of Preventive Measures“), den Katalog möglicher militärischer Reaktionen („Generic Catalogue of Military Response Options“) und das Handbuch zu Vorsichtsmaßnahmen („Generic Manual of Precautionary Measures“). Einer der zentralen Aspekte der Krisenbewältigungsstrategie der NATO besteht in der Verfügbarkeit eines breiten Spektrums von Maßnahmen, auf die man nach Bedarf in tatsächlichen Krisen sowie bei Übungen zurückgreifen kann. Drei dieser grundlegenden Dokumente lehnen sich weitgehend an die bündniseigenen Krisenbewältigungsmaßnahmen an und können

1) Zum EAPR-Aktionsplan s. S. D6 der Dokumentationsbeilage des NATO BRIEFs 1/98; zu den beiden anderen Dokumenten s. Dokumentations-teil des NATO BRIEFs 4/97. Alle drei Dokumente sind auch über Internet (<http://www.nato.int/>) zugänglich.

Am 3. Juni 1998 wurden in Camp Lejeune, North Carolina, anlässlich der Feierlichkeiten zu Beginn der PfP-Friedensübung „Cooperative Osprey 98“ die Flaggen der Teilnehmerstaaten gezeigt. (Foto: AP)



gegebenenfalls sofort zur Bewältigung von Krisen eingesetzt werden.

Die Übersicht über vorbeugende Maßnahmen enthält z.B. eine Liste mit Beispielen für vorbeugende Maßnahmen auf diplomatischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet, die im Fall einer Krise von einem Staat allein oder gemeinsam mit anderen Staaten gezielt eingesetzt werden können. Der Katalog möglicher militärischer Reaktionen und das Handbuch zu Vorsichtsmaßnahmen können auf ähnliche Weise verwendet werden. Alle drei Dokumente lassen sich direkt nutzen, um Krisen, mit denen Partnerstaaten konfrontiert sind, zu bewältigen und dazu beizutragen, daß zusätzliche nationale Krisenbewältigungsmaßnahmen konzipiert werden, die genau auf die Bedürfnisse des jeweiligen Partnerstaates zugeschnitten sind.

Das vierte Dokument ist allerdings anders. Das Handbuch zur Krisenbewältigung enthält nämlich neben grundlegenden Informationen zu Krisenbewältigungsstrukturen und -verfahren der NATO auch Angaben zu den diesbezüglichen nationalen Vorkehrungen und Verfahren. Es handelt sich zwar nicht um ein verbindliches Bündnisdokument, aber es stützt sich auf Informationen einzelner Bündnisstaaten, die den Partnerstaaten helfen könnten, ihre eigenen Strukturen und Verfahren der Krisenbewältigung zu entwickeln. Unter anderem enthält es ein Rahmenkonzept der Krisenbewältigung, Beispiele für nationale Führungsregelungen, Ausschußsysteme und Beschlußfassungsstrukturen für Fragen der Krisenbewältigung und Informationen über Krisenbewältigungsmaßnahmen, über das NATO-System der Vorsichtsmaßnahmen (das die Einsatzbereitschaft des zivilen und des militärischen Bereichs sowie eine koordinierte Reaktion des Bündnisses auf eine Krise gewährleisten soll), über diesbezügliche Übungen sowie über das NATO-Lagezentrum. Diese grundlegenden Dokumente haben bei den Partnerstaaten großen Anklang gefunden, und sie werden nun in einige ihrer Sprachen übersetzt.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß ein breites Spektrum anderer PfP-Aktivitäten, insbesondere auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit und der friedenserhaltenden Maßnahmen, direkt dazu beiträgt, die Fähigkeit zur Bewältigung von Krisen zu verbessern.

## CMX 98

Von allen Krisenbewältigungsaktivitäten im Rahmen der PfP bringt die Teilnahme an Übungen zu Fragen der Krisenbewältigung nach Aussagen der Partnerstaaten den größten Nutzen. Auf der Grundlage einer weniger umfangreichen Übung, die 1995 speziell auf die Partnerstaaten ausgerichtet war (PCM 95), begann die eigentliche Teilnahme der Partnerstaaten an Krisenbewältigungsübungen der NATO mit der Übung CMX 97, bei der sie in die Naturkatastrophenaspekte einbezogen und über die potentielle Bedrohung im Sinne des Artikels 5 informiert wurden, der die Bündnisstaaten im Rahmen der Übung entgegenzutreten sollten. Durch die CMX 98 machte die Einbindung der Partnerstaaten jedoch einen gewaltigen Schritt nach vorn, da sich die Partnerstaaten sowohl aktiv an Maßnahmen nach einem Erdbeben als auch an Konsultationen über politische und militärische Entwicklungen sowie über die Planung und den Streit-

kräfteaufwuchs für eine Friedensoperation unter der Leitung der NATO beteiligen konnten.

Ein Hinweis darauf, welche große Bedeutung die Partnerstaaten der Übung CMX 98 beigemessen haben, bestand in der Zahl der beteiligten Staaten: 21 Partnerstaaten waren mit ihren Delegationen als Teilnehmer oder als Beobachter vertreten, so daß mehr als 100 Angehörige der Partnerstaaten – die meisten davon Regierungsvertreter – sowohl in der NATO-Zentrale als auch in Mons, wo die Konsultationen über den Streitkräfteaufwuchs stattfanden, in die Übung einbezogen wurden. Noch wichtiger ist jedoch, daß die Partnerstaaten in ihren Kommentaren während der Analyse im Anschluß an die Übung folgende Punkte als positive Ergebnisse der CMX 98 hervorhoben:

- a) Die Übung vermittelte ihnen einen Einblick in die Krisenbewältigungsregelungen der NATO und in deren Konsultations- und Beschlußfassungsprozesse, einschließlich der Rolle verschiedener NATO-Ausschüsse auf dem Gebiet der Krisenbewältigung;
- b) die Partnerstaaten machten Erfahrungen mit der Erprobung von Krisenbewältigungsverfahren und -mechanismen, einschließlich der Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich;
- c) sie gewannen Erfahrungen mit dem Zusammenspiel zwischen den Krisenbewältigungsstrukturen in den verschiedenen Hauptstädten und den einzelnen Delegationen der CMX 98 und konnten dabei unter anderem Engpässe der nationalen Strukturen aufzeigen;
- d) sie hatten Gelegenheit, ihre nationalen Verfahren für den Streitkräfteaufwuchs und eine ausgewogene Streitkräfteverteilung zu überprüfen;
- e) sie erhielten Informationen über Verfahren für die Teilnahme von Partnerstaaten an Friedensoperationen unter der Leitung der NATO, und die Übung half ihnen, nationale Verfahren für eine derartige Teilnahme zu erarbeiten;
- f) sie erhielten Informationen über die Planung und Durchführung von Übungen zu Fragen der Krisenbewältigung;
- g) sie konnten die Kommunikationskanäle zwischen nationalen Delegationen und den jeweiligen Hauptstädten sowie zwischen den NATO-Delegationen und der Koordinierungszelle in Mons erproben;
- h) es konnten Kontakte zwischen mit Krisenbewältigungsfragen befaßten NATO-Bediensteten und den zuständigen Regierungsvertretern der Partnerstaaten hergestellt werden;
- i) die Zusammenarbeit zwischen den Bündnisstaaten und den Partnerstaaten wie auch die Zusammenarbeit der Partnerstaaten untereinander konnte verbessert werden.

Als Fazit läßt sich also festhalten, daß die Einbeziehung der Partnerstaaten in die CMX 98 für die NATO-Mitglieder und die Partnerstaaten gleichermaßen von Nutzen war und bei künftigen Übungen, sofern dies angebracht ist, wiederholt werden sollte. Darüber hinaus wird den Ansichten und Anregungen der Partnerstaaten bei der Planung der Übung CMX 99 bereits Rechnung getragen.

Bei der CMX 99, die für Februar 1999 geplant ist, soll daran interessierten PfP-Partnerstaaten mit anderen Schwerpunkten als im Rahmen der Übung CMX 98 bei der Erprobung einer Friedensoperation eine wichtige Rolle zukommen; es handelt sich um die präventive Dislozierung von Truppen nach der Erteilung eines entsprechenden Mandates seitens des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Eins der ausdrücklich genannten Ziele der CMX 99 wird darin bestehen, durch geeignete Konsultationen, mit denen während der Planung und Durchführung einer Friedensoperation die politische Gesamtleitung und Kontrolle gewährleistet werden kann, die Zusammenarbeit mit den einschlägigen Partnerstaaten zu verbessern.

Die daran interessierten Partnerstaaten werden über den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat in die einschlägigen Aspekte der CMX 99 einbezogen werden und durch ihr Personal in den Hauptstädten, in der NATO-Zentrale sowie in den Obersten Kommandos der NATO vertreten sein. Obwohl das Szenario, wie es bei CMX üblich ist, eher allgemeiner Art sein soll, wird es genügend fiktive politische Hintergrundinformationen umfassen, um einen Rahmen für politische und militärische Beurteilungen sowie für die Auswertung von Übungsvorgängen bieten zu können; dies führt gelegentlich zu hitzigen Debatten, an denen die Partnerstaaten ebenfalls teilnehmen sollen. Im Verlauf der Planungsaktivitäten werden wir darauf hinarbeiten, daß die CMX 99 ein wirksames

Instrument zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Krisenbewältigung darstellen kann.

## Eine gemeinsame Antwort

Beim Ausbau der Zusammenarbeit zur Bewältigung von Krisen und bei der Stärkung unserer diesbezüglichen Fähigkeiten haben wir bereits bedeutende Fortschritte erzielt. Die Tagung der Außenminister der EAPR-Staaten, die am 28. Mai 1998 ihre ernste Besorgnis über die Entwicklung der Lage im Kosovo zum Ausdruck brachten und eine Beendigung der Krise forderten (s. EAPR-Erklärung auf Seite D8 der Dokumentationsbeilage der vorliegenden Ausgabe des NATO BRIEFS), ist lediglich ein Beispiel für eine gemeinsame Antwort auf ein reales Problem sowie für den Ansatz der kooperativen Sicherheit, den die NATO gefördert hat. Aber zweifellos kann und sollte noch mehr getan werden, und die Bündnisstaaten werden mit ihren Partnerstaaten auch andere Möglichkeiten prüfen, mit deren Hilfe sich unsere gemeinsamen Bemühungen um die wirksame Bewältigung von Krisen verbessern lassen. Der direkte Zusammenhang zwischen der Sicherheit der NATO-Staaten und der Sicherheit Europas insgesamt, den die Staats- und Regierungschefs der Bündnisstaaten im Juli 1997 in ihrer Erklärung von Madrid hervorgehoben haben, macht besonders deutlich, wie sinnvoll es ist, daß wir unsere Bemühungen um die Verbesserung der Zusammenarbeit und der Fähigkeiten auf dem Gebiet der Krisenbewältigung fortsetzen. ♦

*Rumänische Soldaten, die während der Übung „Cooperative Osprey 98“ Verfahren zur Eindämmung gewaltsamer Ausschreitungen erproben.  
(Foto: rumänisches Verteidigungsministerium)*



# Streitkräfteplanung in der neuen NATO

Frank Boland

Leiter des Streitkräfteplanungsreferates in der NATO-Abteilung für Verteidigungsplanung und Operationen

Im Zuge der Anpassung des Bündnisses an die neuen Erfordernisse der europäischen Sicherheit hat sich auch die Streitkräfteplanung den Anforderungen angepaßt, die sich aus den neuen Aufgaben der NATO ergeben. Wie der Verfasser des folgenden Beitrags darlegt, umfaßt dies die Entwicklung von Fähigkeiten auf den Gebieten friedenserhaltende Maßnahmen, Unterstützung möglicher WEU-Aufgaben und Vorbereitung der zum Beitritt eingeladenen Staaten auf die Mitgliedschaft im Bündnis sowie die Bereitstellung von Mitteln zur Beurteilung der Fähigkeiten von nicht dem Bündnis angehörenden Partnerstaaten und zur Förderung der Interoperabilität zwischen den Streitkräften der Partnerstaaten und denen der Bündnismitglieder. Die Streitkräfteplanung, die eine optimale Nutzung unserer Verteidigungsressourcen gewährleistet, gibt dem Bündnis also sowohl die konzeptionellen als auch die praktischen Instrumente an die Hand, die zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft erforderlich sind.



Die Streitkräfteplanung ist der „Klebstoff“, der das Bündnis zusammenhält. Sie ist insofern von zentraler Bedeutung, als sie sicherstellt, daß die NATO die für ihre verschiedenen Aufgaben erforderlichen Streitkräfte und Fähigkeiten entwickelt, und zudem ein zentrales Forum für die Integration der Arbeit anderer Planungsgremien bietet. Die Streitkräfteplanung spielt nun auch eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, den PfP-Partnerstaaten die Entwicklung engerer Beziehungen zum Bündnis zu ermöglichen.

1952 begann man mit der Streitkräfteplanung auf NATO-Ebene, um die Verteidigungsfähigkeiten der Bündnispartner im Hinblick auf die Herausforderungen der damaligen Zeit zu optimieren. Die Streitkräfteplanung zielte darauf ab, eine zusammenhängende Rahmenstruktur von Bündnisstreitkräften für die Aufgaben der

kollektiven Verteidigung aufzubauen, eine gerechte Beteiligung der europäischen Bündnispartner an den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen zu fördern und die Verteidigungsplanungssysteme der Mitgliedstaaten u.a. durch eine integrierte Militärstruktur miteinander zu verknüpfen, um so die Stabilität im NATO-Gebiet zu stärken.

Nachdem der Kalte Krieg beendet worden und für das Bündnis praktisch keine äußere Bedrohung mehr gegeben war, zweifelte manch einer daran, daß diese komplizierten und anspruchsvollen Regelungen Bestand haben könnten. Als Begründung dafür wurde angeführt, die kollektive Verteidigung verliere ohne eine eindeutige Bedrohung von außen unweigerlich jede Bedeutung. Statt dessen werde sich ein insgesamt weniger fester Staatenverbund entwickeln, dessen Mitglieder es angesichts drängender innenpolitischer und wirtschaftlicher Probleme als weniger wichtig ansehen würden, den Bemühungen im Rahmen der kollektiven Verteidigung einen besonders hohen Stellenwert beizumessen.

Während wir uns nun dem 10. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer nähern, ist die Streitkräfteplanung im Bündnis jedoch in bester Verfassung. Sie ist unter Beibehaltung ihrer traditionellen Aufgaben im Hinblick auf neue Erfordernisse angepaßt worden, d.h. im Hinblick auf die Entwicklung von Fähigkeiten für die Bewältigung von Krisen und die Wahrung des Friedens, die Förderung

Zwei Kampfflugzeuge vom Typ AV-8B Harrier in der Adria, wo sie auf der Startbahn des amerikanischen Flugzeugträgers USS Wasp auf die NATO-Übung „Determined Falcon“ vorbereitet werden. An dieser Übung nahmen 85 Flugzeuge des Bündnisses teil, die am 15. Juni 1998 über Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*) flogen, um so die Fähigkeit der NATO zur raschen Verlegung von Streitkräften in diese Region unter Beweis zu stellen.  
(Foto: Reuters)

(\*) Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

der Multinationalität, die Bewältigung der Proliferationsproblematik, die Unterstützung von Aufgaben der Westeuropäischen Union (WEU), die Vorbereitung Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns auf die Pflichten im Zusammenhang mit der Bündnismitgliedschaft und die Erarbeitung eines Modells für das Planungs- und Überprüfungsverfahren (Planning and Review Process – PARP) mit den PfP-Partnerstaaten.

## Grundlagen der Streitkräfteplanung

Zu den wichtigsten Elementen der Streitkräfteplanung der NATO zählen die Festlegung der Ziele (durch die „Streitkräfteziele der NATO“ auf der Grundlage einer detaillierten „Ministerrichtlinie“, in der die Verteidigungsminister alle zwei Jahre die Prioritäten und die einschlägigen Aufgabenbereiche darlegen) sowie ein Vergleich des tatsächlich Erreichten mit den genannten Zielen (durch eine „jährliche Verteidigungsüberprüfung“ der Verteidigungsminister der NATO-Staaten). Für beide Aufgaben ist militärische Sachkenntnis erforderlich, die vom Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte in Europa (SHAPE), vom Obersten Alliierten Befehlshaber Atlantik (SACLANT) und vom Militärausschuß eingebracht wird, aber das Planungsverfahren unterliegt eindeutig einer politischen Kontrolle, da die wichtigsten Entscheidungen von den Verteidigungsministern der Bündnispartner getroffen werden.

Die Verteidigungsplanung muß zwei grundlegenden Erfordernissen Rechnung tragen. Erstens muß sie die Souveränität der NATO-Staaten achten, die sich an der kollektiven Planung beteiligen wollen, weil sie deren Vorteile erkennen, und zweitens muß sie sich auf einen realistischen Ansatz stützen. Unsere militärischen und zivilen Planungsexperten und die beteiligten Bündnispartner<sup>(1)</sup> sind sich darüber im klaren, daß sie keine unerreichbaren Ziele fordern können. Die NATO-Staaten unterscheiden sich in bezug auf ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten, ihre nationalen Prioritäten und ihre Streitkräftestrukturen. Die allgemeine Rahmenplanung, wie sie in der Ministerrichtlinie dargelegt wird, sowie die für die Mitgliedstaaten in den Streitkräftezielen der NATO vereinbarten Einzelziele müssen diese Unterschiede zum Ausdruck bringen.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß das Planungsverfahren nicht die Art und Weise verändern könnte, in der ein Staat seinen Beitrag zu den Bündnisaufgaben leistet. Es bedeutet vielmehr, daß sich Veränderungen schrittweise ergeben, was teilweise ganz praktische

Gründe hat. Es ist nämlich nicht möglich, einfach über Nacht die Streitkräftestrukturen der Mitgliedstaaten zu verändern oder neue Fähigkeiten zu entwickeln, da dies mit einer komplizierten Umverteilung von Ressourcen und mit einem erheblichen Arbeitsaufwand bei der praktischen Umsetzung neuer Organisationsstrukturen verbunden ist. Zudem müssen Staaten auch aus politischer Sicht davon überzeugt werden, daß Veränderungen *in ihrem Interesse* liegen. Die Regierungen der einzelnen Staaten müssen dann unter Um-

ständen eine Aufklärungskampagne starten und der Öffentlichkeit die Gründe für die Veränderungen darlegen.

## Vor neuen Aufgaben

Die Arbeit, die nach der Verabschiedung des Strategischen Konzeptes des Bündnisses (1991) zur Anpassung der Streitkräftestrukturen des Bündnisses an die nun eher wahrscheinlichen Aufgaben eingeleitet wurde, erstreckte sich im Einklang mit dem Engagement der NATO im ehemaligen Jugoslawien auch auf Maßnahmen zur Vorbereitung des Bündnisses auf die Erfordernisse von Friedensmissionen.

Die Streitkräftestruktur des Bündnisses ist jetzt flexibler und umfaßt z.B. durch Regelungen für den Einsatz ziviler Luft- und Seetransportmittel sowie durch den Aufbau eines NATO-Pools von Transportflugzeugen auch die Fähigkeit zur raschen Entsendung von Krisenreaktionskräften. Die Streitkräftestruktur muß zudem über längere Zeiträume hinweg auch die logistische Unterstützung der Streitkräfte gewährleisten können, d.h. sie muß ein größeres Nachschubvolumen, als während des Kalten Krieges geplant war, und zugleich ein angemessenes Niveau in bezug auf die Wartung, die Versorgung mit Treibstoff, die Transportmöglichkeiten im Einsatzgebiet und die medizinische Versorgung sicherstellen können, damit die Streitkräfte autark sind. Die Schnelligkeit, mit der wir die IFOR-/SFOR-Operationen in Bosnien und Herzegowina organisierten, durchführten und logistisch unterstützten, ist ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie das Planungssystem funktioniert.

Auf der Grundlage unserer Erfahrungen in Bosnien haben wir auch dem politischen Erfordernis Rechnung getragen, Operationen zur Unterstützung des Friedens entweder unter der Ägide der Vereinten Nationen oder unter der Ägide der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder aber – wie im Fall der IFOR-/SFOR-Truppen – unter der Leitung der NATO durchzuführen. Die Anforderungen, die sich aus diesen Operationen ergeben, führen zu besonderen Problemen. Wir haben beispielsweise gelernt, daß derartige Operationen nie rein militärischer Art sind. Wie wir in Bosnien festgestellt haben, müssen die Truppen auch wichtige Aktivitäten ziviler Stellen unterstützen. Dadurch steigt der Bedarf an Ressourcen wie Transportmitteln, Fernmeldeexperten und Pionieren. Wir bitten die Bündnispartner nun, sich darauf vorzubereiten, entsprechende Einheiten für Friedensmissionen zur Verfügung zu stellen, selbst wenn die Kampfformationen, denen diese Einheiten zugeordnet sind, nicht erforderlich sind.

Seit Beginn der 90er Jahre dieses Jahrhunderts mußte sich das Streitkräfteplanungsverfahren auch mit der schwierigen Aufgabe befassen, multinationale Einheiten aufzubauen, insbesondere das Schnelle Krisenreaktionskorps des Alliierten Kommandobereichs Europa (ACE) und die Multinationale Division (Europa Mitte). Dies war mit einer eingehenden Untersuchung der Frage verbunden, wie viele Untereinheiten für den Aufbau einer in sich schlüssigen Gesamtstruktur erforderlich sind, und verlangte eingehende Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten, durch die eine gerechte Verteilung der Lasten sichergestellt werden sollte. Auch die Regelungen für die logistische Unterstützung dislozierter Bündnis-

(1)

*An der Streitkräfteplanung der NATO beteiligen sich fünfzehn Bündnispartner. Frankreich zählt nicht zu den Teilnehmern, da es nicht der integrierten Militärstruktur des Bündnisses angehört.*

streitkräfte nehmen in zunehmendem Maße einen multinationalen Charakter an, und dieser Umstand ist bei der Streitkräfteplanung ebenfalls zu berücksichtigen.

Darüber hinaus müssen die Streitkräftepläne der Arbeitsteilung Rechnung tragen, die sich daraus ergeben hat, daß die Zahl zweiseitiger und multinationaler Einheiten in der Streitkräftestruktur des Bündnisses seit Anfang der 90er Jahre erheblich zugenommen hat. Für nächstes Jahr ist eine weitere multinationale Einheit geplant: Dänemark, Deutschland und Polen werden nach dem Beitritt Polens zum Bündnis ein gemeinsames Heereskorps ihrer drei Staaten aufstellen. Die wachsende Bedeutung der Multinationalität innerhalb des Bündnisses hat auch die Bildung multinationaler Einheiten aus Streitkräften der PfP-Staaten beschleunigt, die sich in zunehmendem Maße an der Aufstellung multinationaler Friedenstruppen beteiligen.

Einen hohen Stellenwert räumen wir ferner der Entwicklung militärischer Fähigkeiten zur Bekämpfung der Gefahren ein, die sich für Streitkräfte der NATO aus biologischen und chemischen Waffen ergeben. Die meisten NATO-Staaten verfügen über gewisse Fähigkeiten zur Abwehr chemischer Waffen, aber für viele führt die Möglichkeit eines Einsatzes biologischer Waffen zu neuen Problemen. Das Bündnis hat dieser Frage besondere Aufmerksamkeit gewidmet, und wir haben den einzelnen Mitgliedstaaten nun die Streitkräfteziele zugesandt, in denen wir diejenigen Fähigkeiten aufführen, die in Zukunft erforderlich sein werden; sie betreffen z.B. die Möglichkeiten der Nachrichtendienste, Detektorsysteme für chemische und biologische Kampfstoffe sowie Schutzausrüstungen.

## Die europäische Dimension

Die Effektivität unserer Instrumentarien für die Verteidigungsplanung kommt nun auch der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb des Bündnisses zugute. Im Frühjahr 1997 leistete der WEU-Rat einen Beitrag zur Ministerrichtlinie der NATO, indem er angab, welchen Umfang mögliche WEU-Missionen wahrscheinlich haben werden. Im Herbst 1997 wurde dann im Rahmen der Verteidigungsüberprüfung der NATO eine erste Beurteilung der Fähigkeiten der europäischen NATO-

Staaten im Hinblick auf die Erfordernisse bei möglichen WEU-Missionen vorgenommen, die von der WEU als Beispielkatalog zusammengestellt und von den militärischen Ämtern der NATO geprüft worden waren. Dabei handelte es sich lediglich um eine erste Analyse europäischer Fähigkeiten, die in künftigen Studien der Verteidigungsüberprüfung noch verfeinert werden wird.

Die Streitkräfteziele der NATO, die im Juni von den Verteidigungsministern vereinbart worden sind, geben jetzt im Hinblick auf die europäischen Bündnispartner an, welche Fähigkeiten für die Erfordernisse von WEU-Missionen besonders relevant sind. Sie umfassen ein ganzes Spektrum von Streitkräften und Potentialen, die für WEU-Aufgaben geeignet sind. Die WEU-Planungszelle ist in diesen Teil der Arbeit an den Streitkräftezielen direkt einbezogen worden. Die Planungszelle wird auch beteiligt, wenn festgelegt wird, welche Angaben für die Erhebung zur Verteidigungsplanung (Defence Planning Questionnaire – DPQ) erforderlich sind; diese Erhebung bietet die Grundlage für die jährliche Verteidigungsüberprüfung, und sie ist nun so aufgebaut, daß die europäischen Bündnispartner sie nutzen können, um der WEU Angaben zu ihren Streitkräften und Fähigkeiten zu übermitteln.

Unsere Planungsinstrumentarien dienen auch dazu, die Fähigkeiten zu bestimmen, die gegebenenfalls von einzelnen Mitgliedstaaten für Operationen alliierter Streitkräftekommandos (CJTF) zur Verfügung gestellt werden können. Die CJTF verleihen der NATO die Fähigkeit zu einer flexiblen Kommandoführung bei Operationen innerhalb und außerhalb des NATO-Gebietes, und sie werden ein wertvolles Instrumentarium zur Durchführung möglicher Operationen unter der Leitung der WEU darstellen,

## Vorbereitung der zum Beitritt eingeladenen Staaten

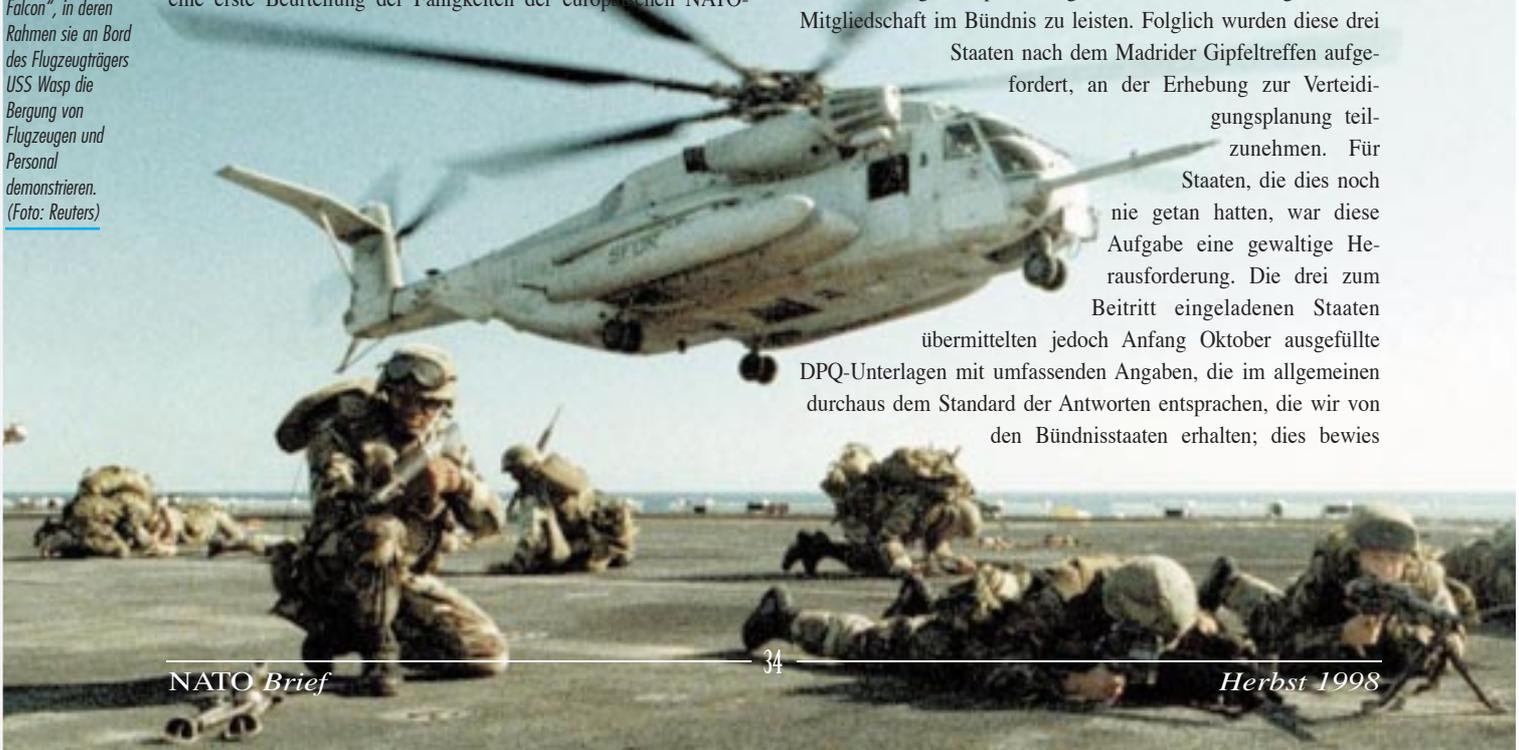
Unsere langjährigen Erfahrungen haben die Effektivität der Streitkräfteplanungsverfahren des Bündnisses unter Beweis gestellt. Die Bündnispartner einigten sich daher im vergangenen Jahr darauf, sich diese Prozeduren zunutze zu machen, um einen Beitrag zur Vorbereitung Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns auf deren künftige Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im Bündnis zu leisten. Folglich wurden diese drei

Staaten nach dem Madrider Gipfeltreffen aufgefordert, an der Erhebung zur Verteidigungsplanung teilzunehmen. Für

Staaten, die dies noch nie getan hatten, war diese Aufgabe eine gewaltige Herausforderung. Die drei zum Beitritt eingeladenen Staaten

übermittelten jedoch Anfang Oktober ausgefüllte DPQ-Unterlagen mit umfassenden Angaben, die im allgemeinen durchaus dem Standard der Antworten entsprachen, die wir von den Bündnisstaaten erhalten; dies bewies

Marineinfanteristen der Vereinigten Staaten am 15. Juni 1998 während der NATO-Übung „Determined Falcon“, in deren Rahmen sie an Bord des Flugzeugträgers USS Wasp die Bergung von Flugzeugen und Personal demonstrieren. (Foto: Reuters)



den Erfolg ihrer eigenen Anstrengungen und der Unterstützungsmaßnahmen seitens verschiedener NATO-Stellen und einiger NATO-Staaten.

Die zum Beitritt eingeladenen Staaten sind derzeit mit der Umstrukturierung und Modernisierung ihrer Streitkräfte befaßt. Sie planen einen bedeutenden realen Anstieg ihrer Verteidigungsausgaben, um ihren Aufgaben als Bündnismitglieder gerecht werden zu können, und sie haben durch ihre Teilnahme an PFP-Programmen und bilateralen Hilfsprogrammen bereits erhebliche Fortschritte in Richtung auf die Interoperabilität mit der NATO gemacht, auch wenn noch einiges zu tun ist.

Auf der Grundlage unserer Einschätzung der Fähigkeiten der zum Beitritt eingeladenen Staaten wurden mit jedem der drei Länder „Streitkräfteziel-Vorgaben“ (ähnlich den NATO-Streitkräftezielen) ausgehandelt. Sie geben Aufschluß über den Beitrag, den die NATO-Staaten von den drei neuen Mitgliedern nach deren Beitritt erwarten. Durch die angestrebten Streitkräfteziele werden sie aufgefordert, der NATO bei Operationen nach Artikel 5 (Grundsatz der kollektiven Verteidigung) den Großteil ihrer Streitkräftestrukturen zur Verteidigung ihrer Staaten zur Verfügung zu stellen. Zudem werden in diesen Zielvorgaben Streitkräfte für mögliche Operationen zur Unterstützung der Verteidigung anderer Bündnisstaaten mit Hilfe von Beiträgen zu Krisenreaktionskräften der NATO aufgeführt. In den angestrebten Streitkräftezielen werden auch Prioritäten für die Weiterentwicklung der Interoperabilität mit der NATO genannt, wobei Befehls- und Führungssysteme/Doktrinen und Verfahren/ Ausbildungsmaßnahmen (einschließlich Fremdsprachenunterricht), Luftverteidigung, Aufnahmeregelungen für Verstärkungseinheiten sowie (längerfristig) die Modernisierung der Ausrüstung besondere Schwerpunktbereiche bilden.

Die Erweiterung der NATO wird sich natürlich auf die Verteidigungsplanung der derzeitigen Bündnismitglieder auswirken. Die Gewährleistung der kollektiven Verteidigung im Einklang mit Artikel 5 des Washingtoner Vertrages wird dann für ein größeres Gebiet und für eine größere Anzahl von Staaten gelten. Als wir im Herbst 1997 die Folgen der Erweiterung prüften, kamen wir jedoch zu dem Schluß, daß die derzeitigen und die geplanten Fähigkeiten des Bündnisses ausreichen, um die Garantie der kollektiven Verteidigung nach Artikel 5 auch in bezug auf die drei neuen Mitglieder einhalten zu können. Darüber hinaus sind auch die neuen Mitglieder selbst dazu in der Lage, im Rahmen einer Bündnisoperation einen erheblichen Beitrag zu ihrer Verteidigung zu leisten.

## Streitkräfteplanung im Rahmen der PFP

Die Mechanismen der Streitkräfteplanung der NATO ließen sich auch mit Erfolg auf die Partnerschaft für den Frieden übertragen. 1994 entwickelten wir das Planungs- und Überprüfungsverfahren (PARP) der PFP, um zwischen Partnerstaaten und dem Bündnis die Transparenz der Verteidigungsplanung zu fördern und die Interoperabilität zwischen Streitkräften der Partnerstaaten und denen der Bündnismitglieder auszubauen. Wir stützten uns auf die DPQ-Unterlagen der NATO, als wir für die Partnerstaaten eine Übersicht zur Interoperabilität im Rahmen der PFP konzipierten. Den Partnerstaaten wurden dann detaillierte Interoperabilitätsziele nach dem Vorbild der Streitkräfteziele der NATO übermittelt, die

u.a. die Bereiche Interoperabilität der Kommunikationssysteme, Befehls- und Führungsverfahren, logistische Unterstützung sowie Interoperabilität von Flugzeugen und von Flugplatzrüstung umfaßten. Ferner erarbeiten wir genaue Beurteilungen der Pläne der beteiligten Partnerstaaten, die mit den für die NATO-Staaten zu erstellenden Beurteilungen vergleichbar sind.



Unsere Erfahrungen, einschließlich der Rückmeldungen der Partnerstaaten, machen deutlich, daß das PARP ein großer Erfolg ist. Durch den detaillierten, gutstrukturierten Ansatz dieses Verfahrens erhalten die derzeit 18 beteiligten Partnerstaaten eine klare Zielvorgabe im Hinblick auf den Aufbau von Streitkräften, die besser für eine Beteiligung an multinationalen Operationen mit den Bündnispartnern geeignet sind.

Die Bündnisstaaten und die beteiligten Partnerstaaten haben sich darauf geeinigt, das PARP sogar noch stärker der Verteidigungsplanung der NATO anzugleichen. Die 16 NATO-Staaten und die 18 an dem PARP beteiligten Partnerstaaten werden in Zukunft eine Ministerrichtlinie erarbeiten, die dann von den insgesamt 34 Verteidigungsministern zu vereinbaren sein wird. Planziele, die als Partnerschaftsziele bezeichnet werden sollen, werden sich nicht nur auf Fragen der Interoperabilität beziehen, sondern Forderungen nach Streitkräften und Fähigkeiten der Partnerstaaten für mögliche Friedensoperationen enthalten. Darüber hinaus werden wir versuchen, die Transparenz als eines der zentralen Ziele des PARP weiter zu erhöhen.

## Vision und Umsetzung in die Praxis

Die Maßnahmen, die zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft erforderlich sind, verlangen die Fähigkeit zur Entwicklung einer allgemeinen Vision, aber auch die Fähigkeit zur praktischen Verwirklichung einzelner Details. Die Streitkräfteplanungsprozeduren des Bündnisses gewährleisten beides. Im nächsten Jahrhundert wird die Komplexität der Planungsaufgaben des Bündnisses wahrscheinlich nicht abnehmen, aber unsere Planungsverfahren haben sich im Hinblick auf neue Anforderungen als äußerst anpassungsfähig erwiesen. ◆

*„Die PFP-Staaten beteiligen sich in zunehmendem Maße an der Aufstellung multinationaler Friedensstruppen.“  
Das Foto zeigt (von links nach rechts) die Verteidigungsminister Litauens, Lettlands und Estlands, Česlovas Stankevičius, Tālavas Jundzis und Andrus Ūvel, nach der Unterzeichnung der Vereinbarung über das gemeinsame Marinekommando BALTRON, das sich aus Einheiten jedes dieser drei baltischen Staaten zusammensetzt.*

# Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat

Albanien  
Armenien  
Aserbaidtschan  
Belgien  
Dänemark  
Frankreich  
Georgien  
Griechenland  
Kasachstan  
Lettland  
Niederlande  
Polen  
Rumänien  
Slowakische Republik  
Schweiz  
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*

Österreich  
Bulgarien  
Estland  
Finnland  
Island  
Irland  
Litauen  
Luxemburg  
Moldawien  
Norwegen  
Portugal  
Russland  
Slowenien  
Spanien  
Tadschikistan  
Türkei  
Ukraine  
Grossbritannien  
Usbekistan

Deutschland  
Italien  
Kasachstan  
Lettland  
Niederlande  
Polen  
Rumänien  
Slowakische Republik  
Schweiz  
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*

Albanien  
Aserbaidtschan  
Belgien  
Dänemark  
Frankreich  
Georgien  
Griechenland  
Kasachstan  
Lettland  
Niederlande  
Polen  
Rumänien  
Slowakische Republik  
Schweiz  
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*



\*Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsgemäßen Namen an.